



Gemeinsam für einen starken Mittelstand

Fahrplan für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik

Sehr geehrte Damen und Herren,



der deutsche Mittelstand, der nahezu 99,6% aller Unternehmen in Deutschland umfasst, spielt eine zentrale Rolle in unserer Wirtschaft. Er zeichnet sich durch eine breite Vielfalt aus und verfolgt dennoch in wesentlichen Bereichen gemeinsame Ziele und Anliegen. Die Mittelstandsallianz spiegelt diese Dualität wider, indem sie zahlreiche mittelstandsorientierte Verbände – sowohl aus spezifischen Branchen als auch branchenübergreifend – zusammenführt und gemeinsame Werte sowie Forderungen kraftvoll gegenüber der Politik vertritt. Unser Ansatz profitiert von der umfassenden Fachkenntnis unserer rund 30 Partnerverbände und zielt darauf ab, Empfehlungen für die kommenden Gesetzgebungsperioden in allen Politikfeldern zu formulieren, die für den deutschen Mittelstand von Bedeutung sind. Die daraus resultierenden Vorschläge für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik basieren auf den gemeinsamen Grundprinzipien der Mittelstandsallianz:

In einem wirtschaftlich stabilen und starken Land wie Deutschland ist es essentiell, verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmer und Selbstständige zu schaffen. Diese Verlässlichkeit ist entscheidend, damit Deutschland seine Position im globalen Wettbewerb nicht nur halten, sondern auch stärken kann. Unser Wohlstand beruht auf dem Erfindergeist und der Ingenieurskunst der Vergangenheit. Um diesen weiterhin zu sichern, müssen wir die Unternehmensgründung und Selbstständigkeit fördern und damit die Innovationskraft des Mittelstands stärken.

In einer digitalisierten Weltwirtschaft ist es entscheidend, unsere Infrastruktur zukunftsfähig zu gestalten – sowohl für Menschen als auch für Daten. Zudem ist eine Digitalisierung des Bildungswesens notwendig, um gut ausgebildete Fachkräfte für die digitale Ära vorzubereiten.

Die Struktur der deutschen Wirtschaft, geprägt von vielen kleinen und mittleren Unternehmen, ist das Fundament für eine krisenresistente Volkswirtschaft in einer zunehmend von Krisen geprägten Welt. Wir setzen uns für den Erhalt eines lebendigen Wettbewerbs ein und streben eine Globalisierung an, die eine Monopolbildung vermeidet, um einen starken Mittelstand in der Weltwirtschaft zu fördern.

Deutschlands wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft ist untrennbar mit der Europäischen Union verbunden. Angesichts globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel und weltweiten Migrationsbewegungen kann nationaler Wohlstand nur durch Multilateralismus erreicht werden.

Basierend auf diesen Prinzipien schlagen wir konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen vor. Künftige Bundesregierungen sollten den Mittelstand als das Rückgrat der deutschen Wirtschaft anerkennen und entsprechend handeln, dann können wir gemeinsam dazu beitragen, eine positive Zukunft für die Menschen und Unternehmen in unserem Land gestalten.

Mit besten Grüßen

Ihr

Senator a. D. Christoph Ahlhaus

Vorsitzender der Bundesgeschäftsführung

Der Mittelstand. BVMW e. V.

Fahrplan 2030: Was für den Mittelstand wichtig ist

1. Wettbewerb

- Bürokratie abbauen!
- Gründungskultur und Selbständigkeit fördern!
- Mittelstand im digitalen Wettbewerb schützen

2. Digitalisierung

- Potenziale erkennen, Chancen nutzen!
- Digitale Infrastruktur flächendeckend ausbauen
- IT-Sicherheit und Datenschutz als Grundbausteine verstehen

3. Arbeitsmarkt

- Fachkräftemangel mit Flexibilität begegnen!
- Dynamisierung der Verdienstgrenze im Minijob
- Einfach, zielgerichtet, rechtssicher!

4. Selbstständigkeit

- Selbstständigkeit fördern
- Modernisierung des Statusfeststellungsverfahrens
- Altersvorsorge für Selbstständige regeln

5. Mobilität und Logistik

- Mobilität im ländlichen Raum stärken
- Nachhaltige Mobilität und Logistik fördern
- Innereuropäische Mobilität entbürokratisieren

6. Bildung und Qualifizierung

- Digitalisierung von Bildungsangeboten und Qualifizierung der LehrerInnen
- Attraktivität der Ausbildung erhöhen
- Ökonomische Bildung und Unternehmertum in Schulen verankern

7. Steuern

- Investieren, wachsen, Zukunft sichern!

8. Energiewende

- Dezentralen Ausbau von Erneuerbarer Energie fördern
- Energiekosten senken!
- Entlastung für den energieintensiven Mittelstand!

9. Rohstoffwende

- Sekundärrohstoffe für eine starke Kreislaufwirtschaft nutzen!
- Recyclingprodukte konsequent einsetzen
- Internationale Rohstoffpartnerschaften ausbauen!

10. Gesundheit

- Gesundheitspersonal stärken und Bezahlung verbessern
- Arbeitsschutz mit Sinn und Verstand
- Renditeerwartung dem notwendigen Personal- und Investitionsaufwand anpassen

11. Immobilien

- Infrastruktur im ländlichen Raum ausbauen!
- Eigenheimquote fördern
- Reduktion der Nebenkosten

12. Europa und International

- Wertegemeinschaft in den Vordergrund stellen!
- EU – Perspektive Mittelstand
- Europäische Steueroasen verhindern!

1. WETTBEWERB



„ Innovationszentren sind Brückenbauer zwischen Start-ups, mittelständischen Unternehmen und der Wissenschaft. Sie bieten die Infrastruktur für Start-ups und Firmen aus dem In- und Ausland sowie Unterstützung bei der Vernetzung und dem Technologietransfer. Sie legen damit den Grundstein für die Innovationen von morgen. Als unverzichtbare Partner leisten sie hiermit einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit und Förderung des Mittelstands von morgen und unterstützen damit auch entscheidend die innovationsgetriebene Wirtschaft.

Peggy Zimmermann
Geschäftsführerin des BVIZ e. V.

Innovationszentren: Schlüsselakteure für einen starken Mittelstand

Technologie- und Gründerzentren sind essenzielle Akteure im Innovationsökosystem Deutschlands. Sie bieten Startups und Firmen aus dem In- und Ausland nicht nur Infrastruktur und Netzwerke, sondern auch strategische Unterstützung bei der Unternehmensentwicklung. Um im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben, müssen die Rahmenbedingungen für Technologie- und Gründerzentren weiter ausgebaut werden. Die betrifft sowohl den Ausbau weiterer Flächen als auch weitere Unterstützungsprogramme zur Finanzierung von Existenzgründungen und innovativen Unternehmen.

Unsere Forderungen:

■ Modernisierung und Weiterentwicklung von Bestandszentren

Viele Zentren, die in den 80er- und 90er-Jahren erbaut wurden, stehen heute vor der Herausforderung, an aktuelle Standards angepasst zu werden. Dies betrifft sowohl bauliche Aspekte bzgl. Nachhaltigkeit und Energieeffizienz als auch die Finanzierung dieser Maßnahmen. Hier bedarf es einer gezielten Förderung: Der Bund und die Länder sollten spezielle Förderprogramme zur Modernisierung und zum Ausbau von Technologie- und Gründerzentren auflegen, da kommunale Mittel nicht ausreichend verfügbar sind. Die Initiative French Tech zeigt, wie staatliche Programme zur umfassenden Förderung von Gründerzentren und Startups beitragen können.

■ Förderung privater Investitionen

- Steuerliche Anreize für Investoren: Unternehmen und Privatpersonen, die in Technologie- und Gründerzentren oder in Fonds zur Unterstützung von Startups investieren, sollten von Steuervergünstigungen profitieren. Ein Vorbild könnte das britische Enterprise Investment Scheme (EIS) sein.
- Public-Private-Partnerships (PPP): Die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft sollte intensiviert werden, um Technologie- und Gründerzentren finanziell und strategisch zu stärken. Dabei müssen die regulatorischen Rahmenbedingungen angepasst werden, da es aktuell nicht möglich ist bereits geförderte Zentren während der Bindungsfrist in eine PPP zu überführen.
- Corporate Innovation Labs: Bereits in einigen Zentren ein Erfolgsrezept; Unternehmen sollten durch staatliche Anreize ermutigt werden, Innovationslabs oder Partnerschaften mit Gründerzentren einzugehen, um Ressourcen wie Finanzierung, Mentoring und Netzwerke zu teilen.

■ Kommunale Abhängigkeit: Ein Hindernis für Flexibilität

Viele Technologie- und Gründerzentren sind kommunale Unternehmen und unterliegen damit strengen Vorschriften der öffentlichen Hand. Diese Beschränkungen stehen oft im Widerspruch zur schnelllebigen Welt innovativer und international agierender StartUps und Unternehmen, daher bedarf es:

- Entbürokratisierung: Technologie- und Gründerzentren sollten mehr regulatorischen Freiraum erhalten z.B. von EU-Beihilferechtlichen Zwängen, um gegenüber Wettbewerbern in Amerika und Asien konkurrenzfähig zu bleiben.



INNOVATIONSZENTREN
Bundesverband Deutscher Innovations-,
Technologie- und Gründerzentren e.V.

- b. Förderung von Public-Private-Partnerships (PPP): Durch eine stärkere Beteiligung der Privatwirtschaft können Zentren flexibler agieren und zusätzliche Finanzierungsquellen erschließen.
- c. Belohnung von innovativer Experimentierfreude: In Zeiten klammer Haushalte und drohender Wirtschaftsrezession sollte nicht am falschen Ende gespart werden. Es braucht die finanzielle Unterstützung für neue Wege, Querdenken, Mut und Freiräume für innovative Projekte und Kooperationen, ohne sich durch langwierige Genehmigungsverfahren einschränken zu lassen (Konjunkturprogramme).

Eine starke Finanzierung wirkt nicht nur auf die Gründerzentren, sondern verbessert auch die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Startup-Ökosystems. Deutschland könnte durch gezielte Maßnahmen international konkurrenzfähiger werden.

■ Halbierung der Bürokratiebelastung für Unternehmen

Dokumentationspflichten kosten Unternehmen immer mehr Zeit und Geld, der Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten sollten grundsätzlich von Berichtspflichten, statistischen Auskunftsvorschriften und unangemessenen Vorschriften des Arbeitsrechts freigestellt werden. Die One-in-One-out-Klausel muss auch bei der Umsetzung von EU-Recht konsequent angewendet werden.

■ Vergaberichtlinie reformieren

Die Vergaberichtlinie für die Erteilung von öffentlichen Aufträgen muss vereinfacht werden. Es ist wettbewerbspolitisch bedenklich und wirtschaftlich ineffizient, wenn kleine und mittlere Betriebe allein durch den bürokratischen Erfüllungsaufwand von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden. Das deutsche Vergaberecht muss zudem zwischen Bundes- und Landesebene synchronisiert werden.

■ Mittelstand im digitalen Wettbewerb schützen

Unser Mittelstand ist auch im digitalen Zeitalter wettbewerbsfähig und muss daher im modernen Wettbewerbsrecht entsprechend beachtet werden. Wir dürfen uns nicht einer „Wild-West-Logik“ des amerikanischen Kapitalismus hingeben, bei der große Unternehmen Monopole bilden und alle Konkurrenten aufkaufen, sobald sie ein interessantes Projekt vorantreiben. Wenn uns die dezentrale Wirtschaftsstruktur mit regionaler Verankerung der Unternehmen in ganz Deutschland auch weiterhin wichtig ist, müssen wir diese Struktur auch im digitalen Wettbewerb besonders hervorheben. Daher treten wir für eine schnelle Umsetzung des europäischen digitalen Binnenmarktes ein, damit sich die mittelständische Digitalwirtschaft auch weiterhin gegen die internationale Konkurrenz (z.B. aus China und den USA mit ihren eigenen, großen Absatzmärkten) behaupten kann.

■ Schaffung eines einheitlichen „Level-Playing-Field“

Ein einheitliches „Level Playing Field“ muss für Unternehmen sichergestellt werden, die auf dem gleichen Markt tätig sind. Ein fairer Wettbewerb ist nur dann garantiert, wenn funktionierende europäische Regulierungs- und Marktüberwachungsbehörden effizient, EU-weit einheitlich und in enger Zusammenarbeit mit nationalen Wettbewerbsbehörden tätig werden können, sobald erkennbar ist, dass einschlägig gegen marktregulierende Vorschriften verstoßen wird.



„Wettbewerb ist auch und gerade in einer immer digitaler agierenden Gesellschaft ein notwendiger Impulsgeber und Beschleuniger für Innovationen und damit in jeder Hinsicht für eine prosperierende Wirtschaft notwendig. Genauso notwendig sind allerdings Rahmenbedingungen, die für alle Akteure gleichermaßen gelten, für den deutschen Mittelstand, gleichzeitig aber auch für große internationale, mittlerweile schon übermächtig gewordene Plattform-Anbieter. Hier herrscht dringender Nachholbedarf, Zuständigkeiten müssen klar geregelt, Abläufe vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden.“

Rhett-Christian Grammatik
Geschäftsführer VDAV

[vdav]

Verband Deutscher Auskunft-
und Verzeichnismedien e.V.

2. DIGITALISIERUNG



„ Unsere deutsche und europäische Digitalwirtschaft ist mittelständisch geprägt. Der IT-Mittelstand hat alle Voraussetzungen, um als Innovationsmotor und Fortschrittsbeschleuniger den Weg in die digitale Souveränität zu ebnen. Diese Selbstbestimmtheit über die technologische Gestaltung der Digitalisierung in allen zentralen Lebensbereichen muss für die digitalpolitische Agenda der nächsten Bundesregierung handlungsleitend sein. Wichtige Voraussetzungen zur Erreichung dieses Ziels sind ein Staat, der nicht nur Digitalisierung ermöglicht, sondern selbst in der Verwaltung vorlebt ebenso wie eine zeitgemäße digitale Infrastruktur als technologisches Rückgrat der digitalen Transformation, damit der Internetzugang nicht zur Standortfrage für unsere Unternehmen wird. Zudem brauchen wir dringend eine Offensive für hochwertige und leicht zugängliche Bildungsangebote zur Stärkung digitaler Kompetenzen in der gesamten Gesellschaft und um die Fachkräfte zur Gestaltung der digitalen Zukunft auszubilden.

Dr. Oliver Grün

Präsident und Bundesvorsitzender BITMi

bitmi
Bundesverband
IT-Mittelstand e.V.

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands steht in einer zunehmend vernetzten und digitalen Welt vor neuen Herausforderungen. Schon heute wirkt sich die Digitalisierung für die Mehrheit des deutschen Mittelstands positiv auf die Geschäfte aus. Deutschland braucht mehr Mut und Entschlossenheit auf allen politischen Ebenen, um die Digitalisierung voranzutreiben. Um das Potential der Digitalisierung auszuschöpfen und die Entwicklung innovativer Digitaldienste zu ermöglichen, braucht Deutschland die beste digitale Infrastruktur. Das bedeutet: zukunftssichere Glasfasernetze bis in die Gebäude und Wohnungen. Mit flächendeckenden Glasfasernetzen als Schlagadern der Digitalisierung stärken wir den Wirtschaftsstandort Deutschland und schaffen eine wichtige Grundlage für ein attraktives Leben und Arbeiten in der Stadt und auf dem Land. Darüber hinaus brauchen wir eine nachhaltige Datenpolitik, um global konkurrenzfähig zu sein. Der unbegrenzte Zugang zum Internet ist dabei eine wichtige Voraussetzung für die Teilnahme am digitalen Leben.

Unsere Forderungen

■ Deutschland mit der besten digitalen Infrastruktur nachhaltig digitalisieren

Nach aktuellen Prognosen wird das Ziel eines flächendeckenden Glasfaserausbaus aufgrund der aktuellen politischen Rahmenbedingungen bis 2030 klar verfehlt. Um den Glasfaserausbau schnellstmöglich umzusetzen, braucht es eine investitionsfreundliche und auf fairen Wettbewerb ausgerichtete Wirtschaftspolitik, die die Beschleunigungspotenziale ausschöpft. Dafür braucht es ein Konzept für einen verbraucherfreundlichen und wettbewerbskonformen Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze, um Deutschland technologisch zukunftssicher auszurichten. Zudem sollte die nächste Bundesregierung ein Ausbaubeschleunigungsgesetz auf den Weg bringen, das seinen Namen verdient und den Netzausbau ins überragende öffentliche Interesse stellt und die langwierigen Genehmigungsverfahren durch eine Anzeigepflicht ersetzt. Der Bürokratieabbau muss endlich konsequent umgesetzt werden und bestehende Berichts- und Meldepflichten drastisch vereinfacht und reduziert werden..



■ Sicherheit als Grundbaustein etablieren

Die IT-Sicherheit muss als ein Bestandteil der Digitalisierung verstanden werden, eine Betrachtung als separates Thema ist nicht mehr zeitgemäß. Jede digitale Handlung muss automatisch vor dem Hintergrund der IT-Sicherheit laufen. Projekte und Initiativen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der IT-Sicherheit müssen daher ausgebaut werden. Deutschland braucht sichere Kommunikationsnetze. Dies betrifft sowohl die Angriffs- als auch die Ausfallsicherheit. Mittelständische Betriebe müssen hier verstärkt mit Aufklärungskampagnen und Expertise unterstützt werden.

■ Künstliche Intelligenz im deutschen Mittelstand ausrollen

KI-Technologien können Prozesse automatisieren, Muster erkennen und Entscheidungen optimieren. Dabei müssen ethische Fragen berücksichtigt und Transparenz gewährleistet werden. Genauso wichtig ist es jedoch, mit der europäischen Gesetzgebung klare Regeln für die Nutzung dieser technologischen Lösung aufzusetzen, damit mittelständische Unternehmen der Digitalen Wirtschaft Rechtssicherheit in der praktischen Anwendung haben. Die Gesetzgeber dürfen sich nicht nur von Risiken leiten lassen, sondern müssen insbesondere die Chancen im Blick haben, die sich hieraus ergeben.

■ Daten nutzbar machen

Eine datengetriebene Wirtschaft stellt die zentrale Grundlage für ein zukunftsfähiges Deutschland dar. Dabei gilt es, eine gute Mitte aus wirksamem Datenschutz und rechtssicheren Datennutzung zu finden. Der verantwortungsvolle Umgang mit Daten und der Schutz der Privatsphäre jedes und jeder Einzelnen sind unerlässlich, um das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewinnen und langfristig erfolgreich zu sein. Gleichzeitig braucht es eine Förderung von datenbasierten Innovationen sowie Erleichterungen bei Datenaustausch und -nutzung. Hier ist auch die Politik gefordert. Unternehmen benötigen eine höhere Datenqualität. Diese kommt dann zustande, wenn der Gesetzgeber einen wirksamen Datenschutz ohne Rechtsunsicherheit schafft und gleichzeitig Räume für den Datenaustausch und die entsprechende Nutzung gestaltet.



„Deutschland und seine Wirtschaft befinden sich in einer umfassenden digitalen Transformation. Ein zentraler Schlüssel, diese erfolgreich und nachhaltig zu meistern, sind Daten. Mit ihnen stärken wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und organisieren die Arbeit der Zukunft. Daten sind unser Kapital für Fortschritt und Wachstum. Wir benötigen daher die Verfügbarkeit von Daten, eingebettet in einen rechtssicheren, fairen und verantwortungsvollen Rahmen für ihre Nutzung. Damit setzen wir Chancen und Risiken in ein ausgewogenes Verhältnis. Die Ausgangslage für Deutschland ist mit den Forschungseinrichtungen und Innovationsabteilungen herausragend. Jetzt braucht es nur den Willen, Zukunft zu gestalten. Dies beginnt mit einer chancenorientierten Datenkultur und einem neuen Mindset. Gehen wir es an. Für eine gestärkte Wettbewerbsfähigkeit, für Resilienz auf allen Ebenen sowie für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort.“

Carsten Rasner
Geschäftsführender Vorstand





„Glasfaser ist die digitale Infrastruktur, die Deutschland in eine nachhaltige digitale Zukunft führt. Was wir jetzt brauchen, ist eine auf investitionsfreundliche Rahmenbedingungen und fairen Wettbewerb ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Denn privatwirtschaftliche Investitionen und fairer Wettbewerb sind die Grundvoraussetzungen für einen schnellen Netzausbau. Dazu gehört insbesondere, dass der Übergang von Kupfer auf Glasfaser aktiv gestaltet wird.“

Dr. Stephan Albers
Geschäftsführer BREKO

Nur so gelingt es, das Potential von Daten für einen effektiveren Klimaschutz, einer effizienteren Verwaltung und besserem Lieferketten zu nutzen. Nur mit besserer Datenqualität stärkt Deutschland seine Resilienz und Unabhängigkeit gegenüber äußeren Faktoren. Darüber hinaus ist die Fähigkeit, Daten zu sammeln, zu analysieren und interpretieren zu können, entscheidend für fundierte Entscheidungsfindung. Deshalb braucht es Förder- und Weiterbildungsprogramme, um die Datenkompetenz als Schlüsselqualifikation der Zukunft zu stärken.

Daten haben zahlreiche Vorteile. Sie sorgen dafür, dass in der Wirtschaft Silos aufgelöst werden und Effizienz- sowie Effektivitätssteigerungen möglich sind. In der Politik sorgen sie für bessere Resilienz, Unabhängigkeit und die Möglichkeit, international Standards mit unseren Werten und Vorstellungen zu etablieren. Nur mit qualitativ hochwertigen Daten und deren Nutzung können Deutschland und Europa wirtschaftlich wachsen und im globalen Wettbewerb bestehen.

■ **Moderner Staat – einfach und effizient**

Die digitale Verwaltung ist ein entscheidender und notwendiger Schritt zur Reduzierung der langwierigen bürokratischen Prozesse von Behörden und Ämtern. Diese muss von einer digitalen Antragsverwaltung bis hin zu einer zeitgemäßen und technisch aktuellen Behördenvernetzung reichen.

■ **Deutschland braucht ein echtes Digitalministerium**

Nach der letzten Bundestagswahl wurde die Digitalisierung zwar namentlich gestärkt und eine Priorisierung der Themen im Bundesministerium für Digitales und Verkehr suggeriert. De facto sind die wichtigen Themen mit übergeordneter Bedeutung für die Digitalisierung wie digitale Infrastruktur, IT-Sicherheit, KI und Verwaltungsmodernisierung noch nicht unter einem Dach gebündelt. Die strategischen Digital-Themen aus einem Ministerium mit entsprechenden Kompetenzen zu steuern und parallele Zuständigkeiten zwischen verschiedenen Ministerien zu vermeiden, könnte die digitale Transformation Deutschlands signifikant voranbringen und die Chance schaffen, zukunftssträchtige Innovationen frühzeitig zu erkennen und zu begleiten. Wichtig ist, dass der organisatorische und personelle Aufbau eines neuen Ministeriums nicht zu einer vorübergehenden Handlungsunfähigkeit führt. Um das zu vermeiden, sollten die bestehenden Abteilungen Digital- und Datenpolitik (DP) und Digitale Konnektivität (DK) in das neue Ministerium übertragen werden.

■ **Standardisierung / Offene Netze**

Der Zugang, die Mitwirkung an und Entwicklung von offenen Netzen und Systemen in der digitalen Realität, in der alles mit allem vernetzt ist, wird zunehmend zu einem Kriterium, das über die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland in der Welt entscheidet. Proprietäre Strukturen lassen sich nicht mehr aufrechterhalten. KonsumentInnen werden zunehmend auch zu ProduzentInnen. Die Grenzen zwischen Produktionsmitteln, Regionen und Arbeitskräften heben sich auf. Politik, Gesetzgebung und Betroffene sind zu Kollaboration und nachhaltiger Mitgestaltung aufgerufen.

3. ARBEITSMARKT

Die Beschäftigung ist in Deutschland auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Dennoch gibt es Handlungsbedarf. Besonders die mangelnde Flexibilität des Arbeitsmarktes beklagen 66 Prozent der mittelständischen Unternehmen. Der Fachkräftemangel spitzt sich weiter zu und wird zu einem weiteren gravierenden Innovations- und Wachstumshemmnis.

In Zeiten von Globalisierung und wachsender Arbeitsteilung sind flexible Kapazitäten in Produktions- und Innovationsbereichen für den Standort Deutschland von großer Bedeutung. Hier gilt es, die Mechanismen des Arbeitsmarktes grundsätzlich zu modernisieren. Dazu gehört auch, Rahmenbedingungen sinnvoll anzupassen und Rechtssicherheit für AuftraggeberInnen und AuftragnehmerInnen zu schaffen.

Unsere Forderungen

■ Modernen Rechtsrahmen für flexibles Arbeiten schaffen

Die Corona-Pandemie hat den Arbeitsalltag von sehr vielen Arbeitnehmenden merklich verändert und dieser Transformationsprozess wird nach dem Ende der Pandemie nicht rückgängig gemacht werden können. Daher müssen Anpassungen im Arbeitsrecht vorgenommen werden, die Arbeitnehmenden und ArbeitgeberInnen unbürokratische und rechtssichere Möglichkeiten für flexibles Arbeiten an die Hand geben – und das nicht nur für tarifvertraglich Angestellte.

Damit Unternehmen besser auf die Anforderungen ihrer weltweiten Kunden reagieren können, muss die tägliche Höchstarbeitszeit in Absprache mit den MitarbeiterInnen durch Jahresarbeitszeitkonten ersetzt werden können.



Foto: stock.adobe.com/Matthew



„Kostenlose Wochenzeitungen tragen als Presseprodukt zu einer informierten Bürgergesellschaft bei und erfüllen damit eine wichtige demokratieerhaltende Funktion. Rund 120.000 Zustellende bringen mindestens einmal wöchentlich lokaljournalistische Inhalte der kostenlosen Wochenzeitungen in die Haushalte. Diese mobilen Beschäftigten, die meist im Nebenerwerb tätig sind, können die jeweils geltende Zeitvorgabe für ihren individuellen Zustellgang bei Abweichungen korrigieren, was eine hinreichende Dokumentation ermöglicht. Sollte die derzeitige Regelung jedoch durch eine Pflicht zur taggleichen, elektronischen Aufzeichnung der Arbeitszeit ersetzt werden, wäre dies eine unverhältnismäßige Bürokratisierung, die die Versorgung der Bevölkerung mit kostenlosen Informationen aus dem Nahbereich gefährdet.“

Alexander Lenders

Präsident Bundesverband kostenloser Wochenzeitungen

BVDA

Bundesverband kostenloser
Wochenzeitungen



Die Gewerbesteuer und ihre Hinzurechnungen belasten Unternehmen, insbesondere in der Veranstaltungswirtschaft, unverhältnismäßig stark und sind ein Relikt, das nicht mehr in ein modernes Steuersystem passt. Besonders die Hinzurechnung bei kurzfristigen Anmietungen von Wirtschaftsgütern stellt eine doppelte Besteuerung dar, die weder ökonomisch noch rechtlich gerechtfertigt ist. Hinzu kommen erhebliche bürokratische Hürden, die nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Finanzämter belasten. Diese Regelung hemmt zudem nachhaltige Ansätze wie die Sharing Economy, da sie den effizienten Einsatz von Ressourcen erschwert und Anreize für ressourcenschonende Lösungen unterbindet. Für die Veranstaltungswirtschaft, die auf flexible Mietmodelle angewiesen ist, bedeutet das eine Wettbewerbsverzerrung und eine unnötige Kostensteigerung. Die Abschaffung der Gewerbesteuerhinzurechnung bei kurzfristigen Anmietungen würde nicht nur die Unternehmen entlasten, sondern auch einen maßgeblichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten.

Christian Eichenberger

Fachvorstand, fwd: Bundesvereinigung
Veranstaltungswirtschaft

■ **Dynamisierung der Verdienstgrenzen im Minijob**

Mit den seit Jahren steigenden Durchschnittslöhnen zieht auch der Mindestlohn an. Arbeitnehmende in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen können jedoch an dieser Entwicklung nicht teilhaben, denn die letzte Anhebung der Verdienstobergrenze liegt bereits sieben Jahre zurück. Steigt der Stundenlohn eines Minijobbers, muss folglich die Stundenzahl verringert werden. So wird ein Instrument, das beispielsweise junge Menschen in Ausbildung zum Nebenverdienst, genauso wie RenterInnen zum Aufstocken einer geringen Rente dringend benötigen, bald abgeschafft, ohne eine Alternative dafür anzubieten. Wir fordern daher eine sofortige Anhebung der Verdienstobergrenze für geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in der Gleitzone auf monatlich mindestens 530 Euro sowie eine Kopplung an die Entwicklung des Mindestlohns. Durch diese Anhebung und Dynamisierung kann den Veränderungen am Arbeitsmarkt Rechnung getragen und den geringfügig Beschäftigten ermöglicht werden, von steigenden Mindestlöhnen zu profitieren.

■ **Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse vereinfachen**

Der Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Diesem Mangel muss auch mit gezielter Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus dem (EU-)Ausland entgegengekommen werden. Hier ist die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse ein wichtiges Instrument, welches effizienter im Sinne einer unbürokratischen und schnellen Zulassung von ausländischen Abschlüssen geregelt werden muss. Deutschland darf durch intransparente Entscheidungsprozesse nicht den weltweiten Wettkampf um die besten Talente verlieren.

■ **Reform der Gewerbesteuer zur Förderung nachhaltiger Geschäftsmodelle**

Die Gewerbesteuer in ihrer aktuellen Form, insbesondere durch die Hinzurechnungsregelungen, muss reformiert werden, da sie Unternehmen unverhältnismäßig finanziell belastet. Insbesondere in der Veranstaltungswirtschaft entstehen dadurch zusätzliche wirtschaftliche und administrative Hürden, die innovative und flexible Geschäftsmodelle wie temporäre Anmietungen oder Ressourcenteilung erschweren. Solche Modelle sind jedoch essenziell für die Branche und tragen entscheidend zur Nachhaltigkeit bei. Die Förderung von Miet- und Sharing-Konzepten kann die Lebensdauer von Produkten verlängern, den Materialverbrauch verringern und erhebliche Einsparungen bei Ressourcen und Emissionen ermöglichen. Eine Reform der Gewerbesteuer ist daher dringend erforderlich, um Unternehmen zu entlasten, nachhaltige Lösungen zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der Veranstaltungsbranche langfristig zu sichern.

fwd:

Bundesvereinigung
Veranstaltungswirtschaft

4. SELBSTSTÄNDIGKEIT UND UNTERNEHMERTUM

Im freien Unternehmertum ist die Selbstständigkeit ein elementarer Bestandteil des Wirtschaftssystems, der für Innovation, Fortschritt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze steht. In einer modernen Wirtschaft, die Arbeitsaufträge immer mehr als Projekte versteht, bei denen verschiedene ExpertInnen themenbezogen zusammengebracht werden, nehmen Selbstständige eine noch wichtigere Rolle ein. Die öffentliche Diskussion beschränkt sich dabei zu sehr auf offensichtliche Fehlentwicklungen (z.B. (Schein-)Selbstständigkeit im Rahmen von Plattformarbeit). Dabei verkennt man jedoch das ungeheure Potenzial, welches in der Selbstständigkeit für Unternehmen und Selbstständige steckt – vor allem in einer digitalen Wirtschaft. Die gesamte arbeitsmarktpolitische Ausrichtung würde durch das Anerkennen der Tatsache, dass rund ein Drittel der Deutschen als Selbstständige agieren, deutlich realitätsnaher werden und mehr Flexibilität eröffnen.

Unsere Forderungen

■ Selbstständigkeit fördern

Die seit langem dynamisch wachsende Gruppe von Selbstständigen und Freiberuflern steht für Flexibilität und Innovationskraft und ist längst zu einem integralen Teil der Wirtschaft geworden. Es ist an der Zeit für ein klares politisches Bekenntnis zur Förderung der Selbstständigkeit. Dazu ist es notwendig, die entsprechenden Verbände, ebenso wie andere WirtschaftsvertreterInnen politisch zu beteiligen und insbesondere bei Gesetzgebungsverfahren bereits in Konzeptions- und Durchführungsphasen frühzeitig einzubeziehen.

■ Rechtssicherheit für Selbstständige und AuftraggeberInnen

Es muss Rechtssicherheit beim Einsatz von selbstständigen ExpertInnen und Führungskräften in Unternehmen hergestellt werden. Ohne diese Rechtssicherheit für Selbstständige und deren AuftraggeberInnen werden Projekte verschleppt oder gar nicht erst gestartet. Das schadet dem Innovations- und Wirtschaftsstandort Deutschland. Gerade im digitalen Zeitalter muss Selbstständigkeit zeitgemäß definiert werden. Die aktuellen Kriterien entsprechen nicht mehr der realen Arbeitswelt in einer digitalen Wirtschaft mit zunehmender zeitlicher und räumlicher Flexibilität – dies muss angepasst werden.

■ Modernisierung des Statusfeststellungsverfahrens

Eine grundsätzliche Überarbeitung des Statusfeststellungsverfahrens der Deutschen Rentenversicherung ist nötig, da es auf veralteten und inzwischen nicht mehr mit der Realität vereinbaren Kriterien basiert. Ebenso muss die nachträgliche Betrachtung einzelner Aufträge bei selbstständigen ExpertInnen und Führungskräften beendet werden. Die Anerkennung des Selbstständigenstatus sollte im Sinne eines Positivbescheids erfolgen, was AuftraggeberInnen und selbstständigen AuftragnehmerInnen die erforderliche Sicherheit in der vertraglichen Ausgestaltung der Zusammenarbeit bringen würde.



„Die Verunsicherung rund um die Beauftragung von Selbstständigen führt zu verschleppten Projekten und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit. Selbstständigkeit in Deutschland braucht mehr als eine kosmetische Veränderung des Statusfeststellungsverfahrens. Wir brauchen einen neuen, zeitgemäßen Rechtsrahmen, in dem hochqualifizierte, selbstständige Experten rechtsicher arbeiten und Auftraggeber schnell und effizient Aufträge vergeben können.“

Dr. Marei Strack

Vorstandsvorsitzende DDIM

DDIM.



„Selbständigkeit ist wichtig für unser Land. Die Fähigkeit, in Form von Projekten schnell und präzise auf neue Herausforderungen reagieren zu können ist das zentrale Element in der globalen Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Ohne externe, punktgenaue Unterstützung durch umfassendes Spezialwissen ist es kaum einem Unternehmen oder einer Organisation möglich, dieser Dynamik wirkungsvoll zu begegnen. Selbständige sind auch hier ein wichtiger Erfolgsfaktor. Allerdings wird die Rechtslage für die Beauftragung von externen Experten auf selbständiger Basis sowohl von Seiten der Auftraggeber als auch der Auftragnehmer als sehr unsicher wahrgenommen. Hier gilt es anzusetzen und das Statusfeststellungsverfahren zu modernisieren – dieses sollte verlässlicher, transparenter und schneller werden und moderne Formen der agilen Zusammenarbeit berücksichtigen.“

Carlos Frischmuth

Vorsitzender des Vorstands Bundesverband für selbständige Wissensarbeit

■ Altersvorsorge für Selbstständige regeln

Eine pauschale Versicherungspflicht für Selbstständige in der gesetzlichen Rentenversicherung lehnen wir ab. Schon heute sorgt eine große Zahl von Selbstständigen aus eigenem Antrieb für das Alter vor. Diskutabel wäre eine Altersvorsorgepflicht, die ein Rentenniveau oberhalb der Grundsicherung garantiert. Die maximale Wahlfreiheit in der Art und Form der Altersvorsorge und die Diversität der gewählten Produkte muss dabei gewährleistet werden. Bereits geleistete Vorsorge ist unbedingt zu berücksichtigen. Statt Pflichten aufzuerlegen, muss der Gesetzgeber Anreize stärken, um die Vorsorge attraktiver zu machen.

■ Gründerökosysteme nachhaltig fördern

Neue Gründungen bringen den Mittelstand durch Innovationen, neue Arbeitsplätze und neue Kooperationsmöglichkeiten mit bestehenden Unternehmen auf vielen Ebenen voran. Besonders regional verankerte Gründer- und Innovationszentren können ein



sehr praktikabler Weg sein, um GründerInnen den Einstieg in die eigene Unternehmung zu erleichtern und ihnen bei ihren Fragen der Gründung und des Wachstums kompetente Unterstützung an die Seite zu stellen. Gründungsökosysteme umfassen die Gesamtheit der Unterstützungslandschaft für GründerInnen sowie Start-Ups in einer bestimmten Region, aber auch die Gründungsszene selbst. Als wesentliches Merkmal gilt das effektive Zusammenwirken von unterstützenden Akteuren und Organisationen, wie beispielsweise Bildungs- und Fördereinrichtungen, Unternehmen, Investoren und politischen Institutionen. Erfolgreiche Vorhaben ziehen andere Gründungswillige an und führen langfristig zu mehr Gründungen, Innovationen und Beschäftigung. Daher sollte die künftige Bundesregierung verstärkt auf regionale Gründerökosysteme setzen, denn hier werden bisherige Förderungen und Erfahrungen mit aktuellen Anforderungen von GründerInnen kombiniert und regional verankert – gerade in wirtschaftsschwächeren Regionen Deutschlands tragen Gründerökosysteme effektiv zur Belebung der regionalen Wirtschaft bei.



” Mit der Umsetzung einer neuen Rechtsform, bekannt als „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“, soll mittelständischen Unternehmen unbürokratisch möglich werden, was Bosch und Zeiss mit Hilfe komplexer Stiftungskonstruktionen realisieren: Vermögen und Gewinne bleiben an das Unternehmen gebunden und werden in die langfristige Unternehmensentwicklung reinvestiert. Das Eigentum am Unternehmen wird zur treuhänderischen Verantwortung von Generation zu Generation gegeben – mehr Nachfolger können so unternehmerisch gestalten, ohne das Unternehmen erben oder zu hohen Marktpreisen kaufen zu müssen. Wir setzen uns für die Rechtsform als dringend benötigte Lösungsoption für das Nachfolgeproblem im deutschen Mittelstand und eine Alternative zum Ausverkauf von Unternehmen ein. Wir brauchen eine Vielfalt unabhängiger Unternehmen zur Stärkung einer dezentralen, wettbewerbsorientierten Wirtschaftsordnung.

Armin Steuernagel

Vorstand & Geschäftsführung, Stiftung Verantwortungseigentum e.V.



Stiftung
Verantwortungseigentum



5. MOBILITÄT UND LOGISTIK



„ Die Stärkung der Mobilität im ländlichen Raum muss ein zentraler Eckpfeiler für die anstehende Legislatur sein. Das Taxi, als zentraler Bestandteil des ÖPNV, steht für Daseinsvorsorge und Innovation - in der Stadt und auf dem Land. Mit neuen Modellkonzepten zur Ergänzung des ÖPNV (erste/letzte Meile) kann das Taxi dazu beitragen, das Ziel einer Mobilitätsgarantie auch im ländlichen Raum zu erreichen. Hierzu bedarf es einer mutigen, weiteren Aufstockung der Regionalisierungsmittel. Damit diese Konzepte auch wirklich innovativ sind, muss Klimaschutz mitgedacht werden. Deshalb ist es wichtig, dass die neue Bundesregierung u.a. Mittel des NextGenerationEU-Programms zur Förderung von 100% emissionsfreien Taxis einsetzt.

Herwig Kollar
Präsident Bundesverband
Taxi & Mietwagen

Durch das Schengen-Abkommen können wir in fast jedes Land innerhalb Europas problemlos einreisen. Geschäftskontakte, Waren und Dienstleistungen sind schon lange nicht mehr an Grenzen geknüpft. Es muss daher die Grundlage für ein effizientes, nachhaltiges und schnelles Reisen gelegt werden. Auch der Warenverkehr wird stetig zunehmen und muss durch wenig Bürokratie und durch eine schnelle Abwicklung in einem fairen Wettbewerb zu anderen Wirtschaftsräumen fließen können.

Unsere Forderungen

■ Dekarbonisierung des (LKW-)Transportes

Sofern die Bundesregierung weiterhin an der proklamierten Technologieoffenheit festhalten will, so muss eine effiziente Förderung der Anschaffung alternativer Antriebsformen und der dafür nötigen Infrastruktur implementiert werden. Dieses Förderungssystem muss Teil eines klaren Plans sein, wie die jüngst konkretisierten Ziele zur Reduktion der Emissionen im Verkehrs- und Transportsektor erreicht werden sollen.

■ Zielgerichteter Ausbau der Schlüsselinfrastrukturen

Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft sind die Verkehrswege, die Energie- und Wasserversorgung, die Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen sowie die digitale Infrastruktur und Kommunikation. Der Mittelstand würde in hohem Maße von dem Ausbau dieser Bereiche, unter Berücksichtigung von Modernität und Umwelt, profitieren. Zum Ausbau dieser Schlüsselinfrastrukturen gehört auch die umfassende Nutzung von Digitalisierungsprozessen. Gerade in der Verkehrsplanung sollte der Bund eine geeignete Strategie für die effektive Nutzbarmachung von Verkehrsdaten entwickeln.



BUNDESVERBAND

TAXI

■ **Intermodalität**

Das Ziel einer multimodalen Verkehrswende erfordert eine vernetzte, leistungsfähige und zuverlässige Infrastruktur. Moderne Verkehrskonzepte beinhalten die Möglichkeit eines nahtlosen Wechsels zwischen Verkehrsträgern und fördern den innovativen Einsatz neuer Mobilitätslösungen und -plattformen. Durch digitale Technologien können heute schon Buchung, Bezahlung und Ticketing als ein einziger Vorgang angeboten werden. Eine funktionierende Anschlussmobilität kann durch gezielte Anreize viele Chancen für eine nachhaltige Reisegestaltung bieten. Den Vorgaben der Europäischen Union folgend, ist die vollständige Digitalisierung der Frachtinformationen aller Verkehrsträger bis 2024 zu gewährleisten, sowie die Vernetzung der Logistik- und Transportplattformen unter Verwendung des Europäischen Transportdatenmodells zu fördern und zu gewährleisten.

■ **Innereuropäische Mobilität entbürokratisieren**

Seit dem Jahr 2010 benötigen MitarbeiterInnen für jede dienstliche Reise ins EU-Ausland eine Bescheinigung über ihre Sozialversicherung. Die A1-Bescheinigung und Arbeitnehmerfreizügigkeit sollen die Dienstleistungsfreiheit stärken. Doch der tatsächliche Bürokratieaufwand ist für Unternehmen enorm: Die Information an den zuständigen Versicherungsträger sowie die Ausstellung der Bescheinigung, die zudem immer tagesaktuell sein muss, führen zu einem hohen administrativen Aufwand in den Unternehmen, der in Zeiten digitaler, papierloser Prozesse nicht nachvollziehbar ist und der die europäische Wirtschaft und einen funktionierenden EU-Binnenmarkt behindert. Es ist an der Zeit, dass der freie Personenverkehr innerhalb der EU auch für dienstlich Reisende vereinfacht und entbürokratisiert wird.



Foto: stock.adobe.com/cosmosgod



Foto: stock.adobe.com/Countrypixel



Foto: stock.adobe.com/PrettyStock

■ **Mobilität im ländlichen Raum stärken**

Die Daseinsvorsorge muss im ländlichen Raum gewährleistet sein. Eine gute Anbindung an das ÖPNV-Netz muss gesichert sein. Menschen im ländlichen Raum dürfen nicht auf der Strecke bleiben und die Mobilität muss uneingeschränkt möglich sein, vor allem um die Möglichkeiten von New Work flächendeckend nutzen zu können. Um den ÖPNV für jeden in wenigen Minuten erreichbar zu machen, müssen alternative und innovative Konzepte zur Ergänzung des ÖPNV (z.B. Taxen oder Car-Sharing) angedacht werden. Aus den bisher geleisteten Pilotprojekten sollten landesweit Schlüsse gezogen werden, sodass Zweit- oder Drittwagen durch Anreize abgeschafft werden können.

■ **Digitalisierung der Frachtbeförderung vorantreiben**

Die Effizienz der Frachtbeförderung und der Logistikdienste ist von entscheidender Bedeutung für das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, das Funktionieren des Binnenmarkts und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt aller Regionen der Europäischen Union. Die Digitalisierung der Frachtbeförderung und der Logistikdienste ist zu fördern, um die Verwaltungskosten zu senken, die Möglichkeiten der zuständigen Behörden zur Durchsetzung der gesetzlichen Vorgaben zu verbessern und die Effizienz sowie die Nachhaltigkeit des Verkehrs zu verbessern. Es ist ein einheitlicher Rechtsrahmen auf EU-Ebene zu schaffen, der die zuständigen Behörden verpflichtet, rechtsverbindlich vorgeschriebene Frachtbeförderungsinformationen in elektronischer Form zu akzeptieren. Damit muss, aufgrund der verfügbaren elektronischen Mittel, die mögliche Vereinfachung und Effizienzsteigerung erreicht werden.

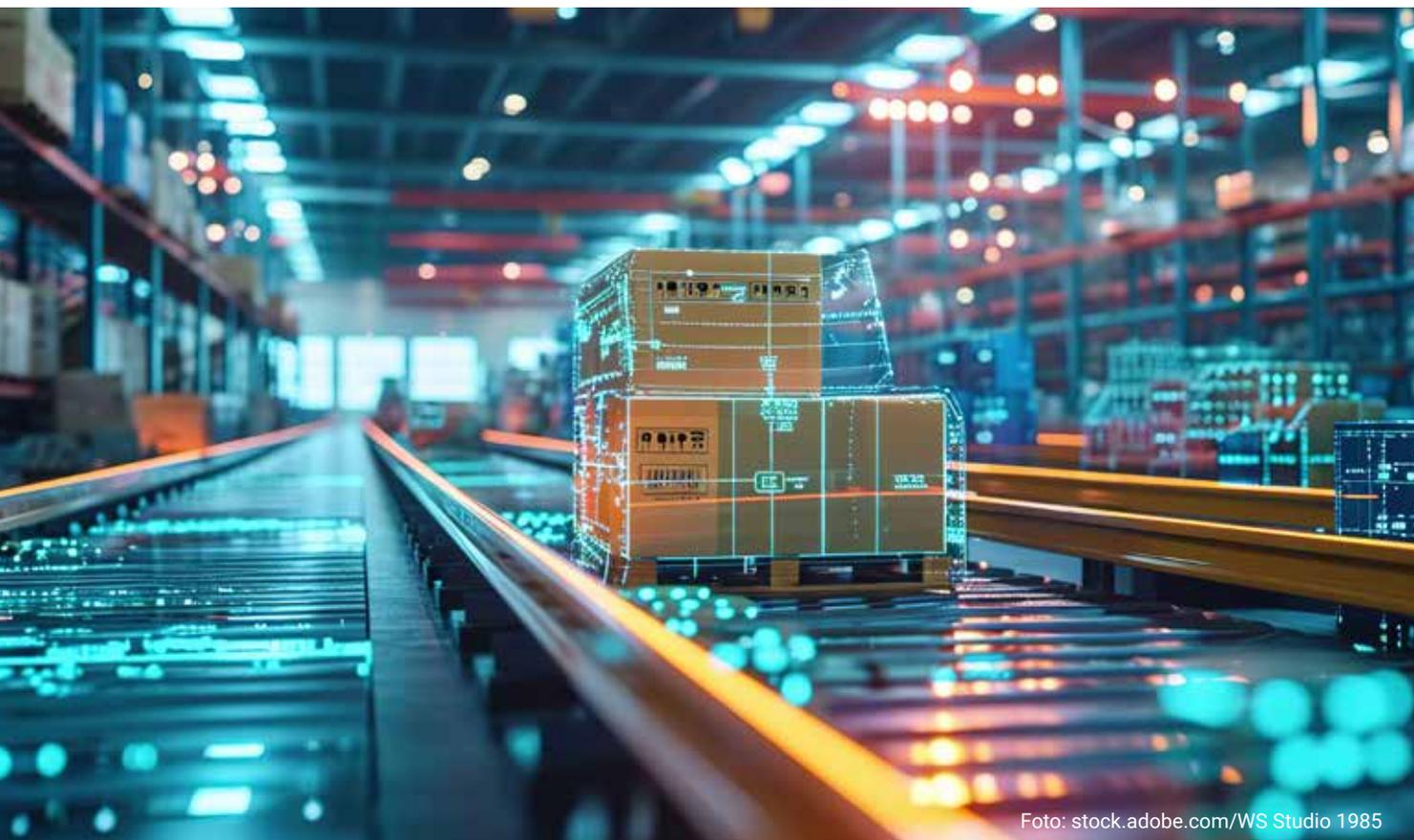


Foto: stock.adobe.com/WS Studio 1985

6. BILDUNG UND QUALIFIZIERUNG

Deutschlands Aus- und Weiterbildungssystem muss fit gemacht werden für die Anforderungen des sich immer schneller verändernden Marktes. Die Nachwuchskräfte von morgen müssen gezielter auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet werden. Vor allem durch eine verbesserte Bildung lässt sich dem zunehmenden Fachkräftemangel auf Dauer entgegenwirken. Die Bildungspolitik ist hier gefordert. Gleichfalls gilt es, die sich durch digitale Entwicklungen stetig wandelnden Anforderungen an Beschäftigte, mit fortlaufender Weiterqualifizierung zu vermitteln. Für den Mittelstand ist eine qualitätsorientierte Bildungspolitik gleichzeitig Wachstums-, Beschäftigungs- und Standortpolitik.

Unsere Forderungen

■ Digitalisierung von Bildungsangeboten und Qualifizierung der Lehrenden

Corona hat Schwachstellen im deutschen Bildungssystem gezeigt: Digitale Lehr- und Lernkonzepte, digitale Lernplattformen und -infrastruktur sowie die digitalen Kompetenzen der Lehrkräfte müssen wir unverzüglich und mit größtem Finanzaufwand angehen. Es bedarf Fortbildungen, einheitlicher Beschlüsse und der Entwicklung von Bildungsangeboten inklusive von Methodik und Didaktik. Deutschland muss den Anschluss an eine digitale Ausbildung herstellen. Hier besteht die Chance, einen „Bildungsraum“ für digital gestützte Lehre zu schaffen, der, auch über einzelne Institutionen hinaus, den Lernenden fokussiert. So kann praxisbezogene Lehre in den schulischen Alltag integriert werden. Unsere Wirtschaft benötigt Menschen mit digitalen Kompetenzen. Schaffen wir die Vermittlung dieser Kenntnisse nicht, wird das unaufhaltsam auf den Sozialstaat zurückfallen – daher sollten wir keine Investition scheuen!

■ Attraktivität der Ausbildung erhöhen

Die gesellschaftliche Anerkennung eines Menschen darf nicht von Abitur oder Hochschulabschluss abhängen. Den Erwerb eines guten Hauptschul- und Realschulabschlusses muss man ebenso würdigen. Beide sind Grundlage für eine qualifizierte berufliche Bildung. Ohne sie könnten mittelständische Unternehmen nicht Motor der Wirtschaft sein.

Wenn aktuell nahezu zwei Drittel eines Jahrgangs einstudieren und nur eins einen Beruf lernt, entspricht dies nicht dem Wirtschaftsbedarf. Daher muss die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung wieder fester Grundsatz der Gesellschaft sein. Die Mittelstandsallianz und Bildungsallianz fordern eine bundesweite Kampagne für berufliche Bildung sowie die Gründung einer Bundesstiftung für berufliche Bildung, an der sich Bund, Länder und Kommunen sowie Wirtschafts- und BildungsexpertInnen beteiligen.

■ Ökonomische Bildung und Unternehmertum in Schulen verankern

Eine frühe Wissensvermittlung ökonomischer Grundkenntnisse stärkt das Interesse junger Menschen am Unternehmertum und fördert die Gründungskultur in Deutschland. Praxisaufenthalte und Hospitationen von LehrerInnen verbessern die Berufs- und Studienorientierung an Schulen und verringern somit Studienabbruchquoten, die zum Teil über 40 Prozent liegen. Zudem sollte die Politik Unternehmenspraktika oder Unternehmensbesuche auch für SchülerInnen verpflichtend in den Schulplänen verankern.



Deutschlands Aus- und Weiterbildungssystem muss fit werden für die Anforderungen des sich immer schneller verändernden Marktes. Die Nachwuchskräfte von morgen müssen gezielter auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet werden. Vor allem durch eine verbesserte Bildung lässt sich dem zunehmenden Fachkräftemangel auf Dauer entgegenwirken. Die Bildungspolitik ist hier gefordert. Gleichzeitig gilt es, die sich aufgrund digitaler Entwicklungen stetig wandelnden Anforderungen an Beschäftigte per fortlaufender Weiterqualifizierung zu vermitteln. Für den Mittelstand ist eine qualitätsorientierte Bildungspolitik gleichzeitig Wachstums-, Beschäftigungs- und Standortpolitik.

Thiemo Fojkar
Vorstandsvorsitzender BBB



„ Bildung in Deutschland steht vor großen Herausforderungen: 25% der Schüler erreichen nicht das Mindestniveau in Mathematik und Naturwissenschaften. Die digitale Transformation erfordert eine Modernisierung der Lehrpläne und verstärkten Einsatz digitaler Lernmittel. Die Wirtschaftskrise hat die Nachfrage nach IT-Fachkräften und innovativen Lösungen erhöht. Experten prognostizieren, dass bis 2028 rund 700.000 Fachkräfte in der IT-Branche fehlen könnten. Besonders der Mittelstand profitiert von gezielten Weiterbildungsprogrammen, die ihn wettbewerbsfähig halten und nachhaltiges Wachstum ermöglichen. Unternehmen und Bildungseinrichtungen müssen in den nächsten drei Jahren verstärkt auf Kompetenzentwicklung setzen. Der Bildungsverband EATO steht mit seiner privatwirtschaftlichen Orientierung bereit, dieses Fachwissen aus den Bildungsprojekten in die Kompetenzentwicklung der Lehrkräfte einzubringen.

Gerhard Wächter
Präsident eato



■ **Bildungsausgaben effizienter nutzen**

Wir stellen fest, dass immer mehr Geld in der Bildungsbürokratie und in Reformprojekten von zweifelhaftem Nutzen versickert statt in der Bildung – zu wenig kommt bei den SchülerInnen vor Ort an. Investitions- und Instandhaltungsstau sowie die Digitalisierungslücke, sind Folgen dieser Fehlentwicklung. Wir fordern, dass die Schulen innerhalb der föderalen Strukturen mehr Autonomie erhalten, um über ihre eigenen Finanzen zu entscheiden und dadurch Personal, Investitionen und Organisationsstrukturen planen zu können. Zugleich stellen wir fest, dass das Bildungssystem chronisch unterfinanziert ist. Deswegen fordern wir, dass ein Prozentpunkt der Mehrwertsteuer zusätzlich in Bildung fließt. Das wären 100 Milliarden Euro in zehn Jahren und der Start in eine wirkliche Bildungsdekade.

■ **Voraussetzungen für einen Wissensstandort Deutschland schaffen!**

Die Bildung muss so ausgerichtet werden, dass Schul- und HochschulabgängerInnen in die Lage versetzt werden, das erworbene Wissen für den Standort Deutschland erfolgreich einzubringen. Es sollte eine interministerielle Arbeitsgruppe „Gründer-, Innovations- und Aufsteigerkultur“ geben, mit dem Ziel, junge Menschen mit herausragendem MINT-Potenzial gezielt zu fördern (Stipendien etc.) und ihnen auch Unternehmerkultur zu vermitteln.

■ **Digitale Transformation im Mittelstand – Kompetenzentwicklung**

Nach wie vor sind viele mittelständische Unternehmen erst am Anfang der digitalen Transformation. Geschäftsmodelle verändern sich durch die Digitalisierung, durch die sich daraus resultierend ändernden Prozesse im Unternehmen selbst sowie die damit verbundenen Investitionen. Vor allem gilt dies in der Personalentwicklung (sowohl bei den Führungskräften, als auch bei den MitarbeiterInnen). Dies ist nicht immer aus eigener Kraft erreichbar. Wir fordern, dass Investitionen in die Kompetenzentwicklung zur Digitalen Transformation in Unternehmen unbürokratisch durch die Bereitstellung finanzieller Mittel für die kommenden vier Jahre gewährleistet werden.

■ **Digitaloffensive Weiterbildung**

Um die bestehende Belegschaft im Digitalisierungsprozess von Unternehmen mitzunehmen und ihre Arbeit in veränderten, digitalisierten Prozessen weiterhin zu ermöglichen, ist eine „Digitaloffensive Weiterbildung“ nötig. Diese soll das Ziel verfolgen, einen Rechtsanspruch aller Arbeitnehmenden auf berufliche Weiterbildung zu verankern. Sie richtet sich vor allem an die Beschäftigten, deren berufliche Tätigkeiten im Zuge des digitalen oder technologischen Wandels wegfallen oder sich stark verändern.

■ **Digitalisierung der Bildungsinhalte im Hochschulbereich**

Alle Inhalte von Studiengängen, nicht nur im MINT-Bereich, sollen kurzfristig über geeignete Medien allen Studierenden digital zur Verfügung stehen. Die Auffindbarkeit ist hierbei genauso zu berücksichtigen wie die Qualität der Medien und deren Verwendbarkeit im wissenschaftlichen Diskurs. Auch dies ist Teil eines nationalen Bildungsraums.

Weiterbildung muss die vierte Säule unseres Bildungssystems werden, um die Prosperität unserer Volkswirtschaft bei sich dramatisch verändernden Rahmenbedingungen zu sichern. Denn davon hängt unser Wohlstand ab, der es uns ermöglicht, den sozial-ökologischen und kulturellen Umbau unserer Gesellschaft erfolgreich zu bewerkstelligen.

■ **Kompetenzentwicklung für den Mittelstand durch mittelständische Bildungsanbieter**

Der Mittelstand, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, steht vor Herausforderungen wie Fachkräftemangel, digitaler Transformation und komplexeren Marktanforderungen. Die technologische Entwicklung erfordert kontinuierliche Weiterbildung. Berufsbegleitende und praxisnahe Qualifizierungsangebote müssen ausgebaut werden. Digitale Tools und Plattformen sollten fest in Schulungen integriert werden, um Unternehmen bei der Digitalisierung zu unterstützen. Kooperationen zwischen Mittelstand, Berufsschulen und Hochschulen sind zu intensivieren, um passgenaue Weiterbildungslösungen zu schaffen. Eine gezielte Stärkung der Bildung im Mittelstand sichert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Zukunft der Volkswirtschaft. Gezielte Bildungsmaßnahmen und ein Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten sind essenziell.

■ **Wirtschaftlicher Kompetenzentwicklung an Schulen und Hochschulen**

Die wirtschaftliche Bildung in Deutschland weist Defizite auf: Rund ein Drittel der Jugendlichen versteht grundlegende wirtschaftliche Zusammenhänge nicht. Kenntnisse zu Finanzplanung, Steuern oder unternehmerischem Denken fehlen oft, was sich in Studium und Beruf auswirkt. Wirtschafts- und Finanzthemen sollten bereits in der Sekundarstufe verpflichtend unterrichtet werden, inklusive Alltagskompetenzen wie Haushaltsplanung und Altersvorsorge. Schulen und Hochschulen müssen enger mit Unternehmen kooperieren, um durch Projekte, Workshops und Praktika theoretisches Wissen in die Praxis umzusetzen. Viele Lehrkräfte fühlen sich im Umgang mit wirtschaftlichen Themen unsicher. Gezielte Weiterbildungen und moderne Unterrichtsmaterialien sind entscheidend, um die Unterrichtsqualität zu verbessern. Die Förderung wirtschaftlicher Kompetenz ist eine Investition in die Zukunft der Jugend und die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft.

■ **Mehr Technologie im Bildungsprozess**

In einer digitalisierten Welt müssen Bildungsprozesse mit technologischen Fortschritten Schritt halten. Schulen und Weiterbildungseinrichtungen sollten moderne Technologien nutzen, um den Lernprozess zu verbessern und Schüler auf die Arbeitswelt vorzubereiten. Online-Lernumgebungen bieten Flexibilität und ermöglichen individuelles Lernen. Multiple-Choice-Tests und adaptive Testverfahren liefern automatisiertes Feedback und passen sich dem Wissensstand der Lernenden an. Serious Games steigern durch spielerische Elemente Motivation und Lernerfolg. VR und AR ermöglichen realitätsnahe Simulationen, die theoretisches Wissen praktisch erlebbar machen. Technologie ersetzt keine Lehrkräfte, sondern ergänzt den Unterricht und macht Bildung effizienter und individueller. Die Integration moderner Technologien in den Bildungsprozess ist daher essenziell.



Foto: Philipp Moosmann

„ Bildung ist ein Wertschöpfungsprozess. Sein Ergebnis bestimmt die Entwicklung unserer Gesellschaft. Nur eine qualitativ hochwertige (Aus)Bildung kann unsere lebendige Demokratie gestalten, unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig machen, unseren Wohlstand und unsere Zukunft sichern. Das ist die Messlatte für unser Bildungssystem. Daher fordert die Bildungsallianz die Anpassung des Schulsystems an die realen Anforderungen, eine Verstärkung der Praxis- und Berufsorientierung, mehr Qualität und eine Überwindung der Zementierung bildungspolitischer Aus- und Abgrenzung.

Prof. Dr. Martin Wortmann

Generalsekretär der Bildungsallianz
des Mittelstands

7. STEUERN



„Gerade jetzt ist eine Wirtschafts- und Steuerpolitik der Entlastung und des Wachstums für unseren Mittelstand gefordert. Dementsprechend sollte der Solidaritätszuschlag, der insbesondere kleine und mittlere Betriebe belastet, endlich abgeschafft werden. Ebenfalls braucht es eine Senkung der Unternehmenssteuerlast auf 25 Prozent und bei der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß, ergänzt durch einen CO₂-Zertifikatehandel. Beides ist im verschärften internationalen Wettbewerb dringend notwendig. Eine Schlüsselrolle kommt dabei auch dem Bürokratieabbau zu. Der Standort Deutschland kann nur mit einer Bürokratiebremse sowie klarer Strategie zur Verwaltungsdigitalisierung zukunftsfähig werden. Zur Entlastung künftiger Generationen bedarf es außerdem – angesichts steigender Staatsverschuldung und gleichzeitigen Rekordsteuereinnahmen – einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik mit Schuldenbremse.“

Reiner Holznagel

Präsident Bund der Steuerzahler



**Bund der Steuerzahler
Deutschland e.V.**

Die steuerliche Belastung für Unternehmen und BürgerInnen nimmt zu. An unserem komplizierten Steuerrecht scheitern selbst Fachleute. Ein durchschnittlicher Mittelständler muss in Deutschland pro Jahr 218 Stunden für Steuerbürokratie aufwenden und damit beispielsweise 79 Stunden mehr als die Konkurrenz in Frankreich. Steuerentlastungen und Steuervereinfachungen stehen daher ganz oben auf der Liste der zu erledigenden Arbeiten einer neuen Bundesregierung. Besonders im Hinblick auf die Erbschaftsteuer spricht sich mehr als die Hälfte des Mittelstands gegen eine Steuer aus.

Unsere Forderungen

■ Gewerbesteuer entschärfen

Die Gewerbesteuer muss gestrichen und die Kommunen stattdessen stärker an den Gemeinschaftssteuern beteiligt werden. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Gewerbesteuer in einem modernen Steuersystem nichts zu suchen hat. Den Gemeinden entgingen durch eine schlechte Ertragslage vieler Unternehmen die Gewerbesteuer und sie mussten starke Einnahmeausfälle verzeichnen. Entlastung erhielten die Gemeinden nur durch Milliardenzahlungen des Bundes.

Dieser Systemwechsel würde automatisch die Schaffung von interkommunalen Gewerbegebieten ermöglichen, was sich günstig auf Flächenverbrauch und Verkehrswege auswirken würde.

■ Erbschaftsteuer sofort abschaffen

Die Abschaffung der Erbschaftsteuer ist die einzige saubere Lösung, um den deutschen Mittelstand zu entlasten, keine Arbeitsplätze zu gefährden und die mittelständische Struktur der deutschen Wirtschaft zu erhalten. Im Jahr 2016 lag das Aufkommen der Erbschaftsteuer bei lediglich 6,9 Milliarden Euro und somit nicht einmal bei einem Prozent des Gesamtsteueraufkommens.



Foto: [stock.adobe.com/Medienzunft Berlin](https://stock.adobe.com/Medienzunft_Berlin)

■ **Solidaritätszuschlag abschaffen**

Der Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 Prozent des Steuerbetrags aus Einkommen-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer sollte sofort abgeschafft werden. Dies entlastet Unternehmen und BürgerInnen sofort und spürbar.

■ **Vermögensteuer nicht wieder reaktivieren**

Wir sprechen uns gegen eine Reaktivierung der Vermögensteuer aus, weil sie eine der verwaltungsaufwendigsten Steuerarten ist und einen negativen Effekt auf Wachstum und Beschäftigung hat. Daher würde ihre Reaktivierung ein Minusgeschäft für den Staat bedeuten.

■ **Dienstleisterwahl reformieren**

Kleine und mittelständische Unternehmen sind insbesondere in den Bereichen des Finanz- und Rechnungswesens häufig auf externe Dienstleistungen angewiesen. Wie sehr der eigene Aktionsradius bei der Auswahl dieser am Markt eingeschränkt ist, zeigt insbesondere das Nadelöhr bei der Beantragung finanzieller Hilfen in Zeiten der Corona-Pandemie. Mittelständler vertrauen, neben SteuerberaterInnen und RechtsanwältInnen, seit Jahren vor allem auf die Expertise von selbstständigen BilanzbuchhalterInnen und Buchführungsbüros. Es ist daher völlig unverständlich, dass diese ExpertInnen jedoch per Gesetz nur eingeschränkt als DienstleisterInnen für sie tätig werden dürfen. Künftig darf es keine Unterscheidung mehr geben, ob Unternehmen für zu erledigende Buchhaltungsaufgaben qualifizierte Fachkräfte als ArbeitnehmerInnen einstellen oder als externe DienstleisterInnen beauftragen. Eine Reform des Steuerberatungsgesetzes stellt den Unternehmen die benötigte Expertise von zusätzlich mehreren zehntausend Fachkräften zur Verfügung.

■ **Öffnung des Steuersystems für die flexiblen Finanzierungsbedarfe von Start-Ups**

Existierende Instrumente zur finanziellen Unterstützung von Start-Ups und GründerInnen greifen aufgrund ihrer Beschränkungen und kaum praktikablen Fristen zu kurz und sind zu oft mit der flexiblen Entwicklung der aufstrebenden Unternehmen nicht in der Praxis vereinbar.

■ **Abgeltungssteuerfreiheit für Investitionen in forschungsintensiven Unternehmen**

Eigenkapital wird gegenüber Fremdkapital systematisch diskriminiert. Nachdem bis zum Jahr 2009 Wertsteigerungen von Eigentumsanteilen an GmbHs und AGs, wie sie bei stark wachsenden und i.d.R. nicht ausschüttenden Unternehmen den großen oder sogar ganzen Teil der Rendite ausmachen, bei einer Haltedauer von mehr als zwölf Monaten steuerfrei waren, werden durch die Abgeltungssteuer InvestorInnen seit 2009 in Höhe von 25 Prozent ihrer Kapitaleinkünfte belastet (§32d Abs. 1 S. 1 EStG). Eine Abgeltungssteuerbefreiung beim Exit erhöht die Attraktivität in innovative Forschung und Entwicklung zu investieren.





” Viele mittelständische Unternehmen stehen derzeit vor Liquiditätsproblemen. Nicht wenige mussten in der Pandemie zur Existenzsicherung auf ihr Eigenkapital zurückgreifen und zum Teil komplett aufzehren. Dies war und ist eine schwere Hypothek für sie. Denn ohne Eigenkapital sind Modernisierungs- und Innovationsinvestitionen kaum noch möglich, und es erschwert, Kredite von Banken für solche Zukunftsinvestitionen zu erhalten. Nun ist es entscheidend, dass das Eigenkapital des Mittelstands durch gezielte steuerliche Maßnahmen unterstützt wird, damit die Kreditwürdigkeit gesichert und die Modernisierungskraft erhalten bleibt. Deshalb die steuerliche Eigenkapitalförderung: Wir brauchen die korrespondierende steuerliche Behandlung von Fremd- und Eigenkapital, indem fiktive Eigenkapitalzinsen die steuerliche Bemessungsgrundlage mindern.

Dr. Hans-Jürgen Völz
Chefvolkswirt BVMW

■ Reinvestierte Gewinne steuerfrei stellen

Gewinne, die in mittelständischen Unternehmen verbleiben und reinvestiert werden, sollten steuerfrei gestellt werden. Für mittelständische Unternehmen ohne Zugang zum Kapitalmarkt ergäbe sich dadurch ein positiver Liquiditätseffekt, der Investitionen in Innovationen begünstigen würde.

■ Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter dynamisieren

Nach über einem halben Jahrhundert wurde im Jahr 2018 der Schwellenwert zur Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter von 410 Euro auf 800 Euro angehoben. Damit der Mittelstand nicht wieder 50 Jahre auf eine Anpassung warten muss, fordern wir die Anhebungen des Schwellenwertes an die Entwicklung der Inflationsrate zu koppeln.

■ Reform der Gewerbesteuer zur Förderung nachhaltiger Geschäftsmodelle

Die Gewerbesteuer in ihrer aktuellen Form, insbesondere durch die Hinzurechnungsregelungen, muss reformiert werden, da sie Unternehmen unverhältnismäßig finanziell belastet. Insbesondere in der Veranstaltungswirtschaft entstehen dadurch zusätzliche wirtschaftliche und administrative Hürden, die innovative und flexible Geschäftsmodelle wie temporäre Anmietungen oder Ressourcenteilung erschweren. Solche Modelle sind jedoch essenziell für die Branche und tragen entscheidend zur Nachhaltigkeit bei. Die Förderung von Miet- und Sharing-Konzepten kann die Lebensdauer von Produkten verlängern, den Materialverbrauch verringern und erhebliche Einsparungen bei Ressourcen und Emissionen ermöglichen. Eine Reform der Gewerbesteuer ist daher dringend erforderlich, um Unternehmen zu entlasten, nachhaltige Lösungen zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der Veranstaltungsbranche langfristig zu sichern.



8. ENERGIEWENDE

Der Mittelstand ist der Motor der Energie- und Rohstoffwende und damit der Etablierung einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft in Deutschland. Daraus ergeben sich gerade für mittelständische Unternehmen große Chancen. Die Standortvorteile Deutschlands dürfen nicht durch zu hohe Strompreise gefährdet werden. Wir treten daher für eine mittelstandsfreundliche Gestaltung der Energiewende unter der Leitlinie „so dezentral wie möglich, so zentral wie nötig“ ein. Eine dezentrale und verbrauchsnahe Erzeugung begrenzt die Kosten des Netzausbaus, stärkt den Wettbewerb auf dem Energiemarkt und vermeidet hohe Übertragungsverluste.

Unsere Forderungen

■ Dezentralen Ausbau von Erneuerbarer Energie fördern

Wenn die Bundesregierung ihre Klimaziele erreichen will, muss sie die Ausbaupfade für die Erneuerbaren Energien deutlich erhöhen und den dezentralen Ausbau attraktiver gestalten. Denn wenn mittelständische Unternehmen in betriebseigene Photovoltaik-Anlagen investieren, können sie einen Großteil des benötigten Stroms selbst erzeugen und tragen gleichzeitig umfassend zur regionalen Wertschöpfung bei. Hierfür braucht es einfache und attraktive Regelungen für den Eigenstromverbrauch sowie eine echte Strategie für den regionalen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Darüber hinaus ist eine langfristige gesetzliche Zusicherung für derlei Investments notwendig, um aus dem Auf und Ab der bisherigen Förderpolitik auszusteigen und zu lernen.

■ Energiekosten senken

Der Anteil von Steuern und Umlagen macht mehr als 50 Prozent des Strompreises aus. Gleichzeitig werden VerbraucherInnen durch die Mehrwert- und Stromsteuer doppelt besteuert. Wir fordern daher, die Stromsteuer deutlich zu senken oder abzuschaffen. Dies würde Strom auch für Anwendungen der Sektorenkopplung attraktiver machen. Strom, Wärme und Mobilität müssen vernetzt gedacht werden.



„Wenn wir über die Transformation des energieintensiven Mittelstands sprechen, ist im Kern die Dekarbonisierung der Prozesswärme gemeint. Die immensen Herausforderungen, die damit einhergehen, müssen endlich auf den Tisch, damit konkrete Lösungswege aufgezeigt werden können. Die Unternehmen brauchen eine glaubhafte Strategie, die einen tragfähigen Boden für notwendige Investitionen bietet!“

Eva Schreiner

Bundesverband der Energie-
Abnehmer e. V. VEA



Foto: stock.adobe.com/Sanchai

VEA



Als Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung befürworten wir den Ausbau der KWK als hocheffiziente, flexibel und dezentral einsetzbare Technologie, unabhängig von der Art und der Größe der Anlagen und vom Einsatzbereich. KWK kann durch die Kopplung von Strom und Wärme eine zentrale Rolle im dekarbonisierten Energiesystem spielen. Unser Ziel ist Klimaschutz und Ressourcenschonung. Die Stromversorgung der Zukunft ist durch einen starken Anteil wetterabhängiger Energieerzeugung charakterisiert. Darum braucht es flexible, steuerbare Leistung, die Energiesysteme stabilisieren und resilient machen kann. Um für Investitionssicherheit zu sorgen, sind dazu gesetzliche Regelungen notwendig. Grundsätzlich sollte die Kraft-Wärme-Kopplung stärker berücksichtigt und gefördert werden, weil eine höhere Gesamteffizienz erreicht wird, indem neben Strom auch Wärme bereitgestellt wird.

Claus-Heinrich Stahl

Präsident des Bundesverbands Kraft-Wärme-Kopplung e.V.



■ **Dezentrale Speicher stärken – Wirtschaft entlasten**

Dezentrale Speicher sind wichtig, damit die Energiewende gelingen kann. Zur Förderung der Wirtschaftlichkeit sollten Speicher von Letztverbraucherpflichten befreit werden, um Privathaushalte und den Mittelstand zu entlasten.

■ **Energie- und Klimapolitik**

Es ist Zeit, den mittelständischen Unternehmen eine glaubhafte Strategie zu bieten, die Investitionssicherheit vermittelt. Viele Unternehmern sind stark verunsichert, ob Deutschland weiterhin als Standort für Industrie und Gewerbe gelten will. Es geht um die Entwicklung einer Vision, die Investitionen in grüne Technologien ermöglicht. Die Unternehmen warten auf entsprechende Signale und auf ein deutliches Bekenntnis der Politik zum Mittelstand und zum produzierenden Gewerbe. Dafür müssen Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit zusammengedacht werden.

■ **Entlastung für den energieintensiven Mittelstand bei den Energiepreisen und bei der Bürokratie**

Der hohe Dekarbonisierungs- und Investitionsbedarf des energieintensiven Mittelstands wurde in der Energie- und Klimapolitik bislang zu wenig berücksichtigt. Förderprogramme, die die Energiepreise in den Blick nehmen, wurden ausschließlich für die Großindustrie gewährt. Neben den Investitionskosten (Capex) sind für den Mittelstand aber auch die langfristigen Energiepreise (Opex) entscheidend für die Rentabilität

Foto: stock.adobe.com/pinkrabbitt



grüner Technologien. Außerdem sind die mittelständischen Unternehmen gerade im Energiebereich mit einem Ausmaß an Bürokratie belastet, welches nicht mehr beherrschbar ist. Beide Faktoren führen zu einer Zurückhaltung bei Investitionen bis hin zur Einstellung ganzer Investitionslinien.

■ **Die Dekarbonisierung der Prozesswärme in den Fokus rücken**

Prozesswärme ist bislang das vergessene Kind der Energiewende, obwohl sie 75 % der industriellen CO₂-Emissionen ausmacht. Ein Großteil kann elektrifiziert werden, Teilbereiche benötigen andere klimaneutrale Alternativen. Die Politik muss technologieoffene Förderprogramme schaffen, um diese Transformation zu beschleunigen. Außerdem braucht es einen Dekarbonisierungsstrompreis als Übergangslösung, bis die Marktpreise wettbewerbsfähig sind. Dieser Dekarbonisierungsstrompreis muss auch die Netzentgelte umfassen.

■ **Netzausbau kosteneffizient vorantreiben und Netzanschlüsse zuverlässig und gewährleisten**

Die Elektrifizierung der Industrie erfordert erweiterte Netzanschlüsse. Der Ausbau der Netzinfrastruktur muss priorisiert werden und Unternehmen benötigen verlässliche Garantien für Anschlüsse, um Planungssicherheit für Investitionen zu schaffen. Unternehmen, die andere klimaneutrale Alternativen benötigen ebenso einen verlässlichen Planungshorizont.



„ Jetzt ist die Zeit für mutige Entscheidungen und klare Weichenstellungen! Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft, aber er braucht dringend verlässliche Rahmenbedingungen, um Zukunft zu gestalten. Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit müssen Hand in Hand gehen, Investitionen in grüne Technologien dürfen nicht an Bürokratie scheitern, und steuerliche Entlastungen müssen endlich kommen. Wir fordern eine Politik, die den Fortschritt ermöglicht, statt ihn zu blockieren – mit einem Fokus auf Kreislaufwirtschaft und regionaler Wertschöpfung.

Sebastian Engelskirchen

Hauptgeschäftsführer Industrieverband Feuerverzinken e.V.

9. ROHSTOFFWENDE



„ Die Bundesregierung ist aufgefordert, das Potenzial der Recyclingwirtschaft zum Klimaschutz stärker zu nutzen. Wir brauchen deshalb eine Zukunftsoffensive mit einer mittelstandsscharfen Förderung zum Ausbau von weiteren Recyclingkapazitäten. Flankierend dazu müssen insbesondere im Rahmen der Genehmigungsverfahren bürokratische Bremsklötze aus dem Weg geräumt werden.

Eric Rehbock
Hauptgeschäftsführer bvse

Deutschland braucht eine umfassende Rohstoffwende durch mehr Ressourcenschonung, Recycling sowie eine effiziente Sekundärrohstoffwirtschaft, um sich für eine ökonomisch erfolgreiche und nachhaltige Zukunft optimal aufzustellen. Gerade mittelständische Unternehmen können dazu mit ihrem Know-how einen wichtigen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft in Deutschland leisten. Der deutsche Mittelstand war schon immer vorne mit dabei, wenn es um Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein ging. Denn anders als große Konzerne ist jedes mittelständische Unternehmen traditionell Teil seiner unmittelbaren Um- und Mitwelt.

Unsere Forderungen

■ Sekundärrohstoffe sind Booster für Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz!

Der Einsatz von Sekundärrohstoffen in der gewerblichen und industriellen Produktion schont natürliche Ressourcen, spart Energie und verringert den CO₂-Ausstoß. Es ist daher in allen relevanten Bereichen zu prüfen, ob Sekundärrohstoffe eingesetzt werden können. Wir fordern daher eine zügige nationale Regelung für das Abfallende von wichtigen Sekundärrohstoffen, wie zum Beispiel Altpapier, Ersatzbaustoffe oder Altkunststoffe. Damit kann Rechtssicherheit für alle Marktteilnehmer geschaffen und ein Booster für die Kreislaufwirtschaft gezündet werden. Denn eine funktionierende Kreislaufwirtschaft führt sowohl zu einem effektiven Umwelt- als auch Klimaschutz und muss zur Einhaltung der deutschen Klimaschutzverpflichtungen umfassend implementiert werden.

■ Recyclingprodukte verwenden!

Ob im Straßen-, Haus- oder Gebäudebau, beim Handwerk, der Industrie oder der Verwaltung: Die deutsche Recyclingindustrie bietet qualitativ ausgezeichnete Recyclingprodukte für die vielfältigsten Verwendungsmöglichkeiten. Trotzdem gibt es immer noch eine zu große Zurückhaltung öffentlicher wie privater AuftraggeberInnen, Recyclingprodukte einzusetzen. Die öffentliche Hand sollte bei ihren Auftragsvergaben daher mit gutem Beispiel voran gehen und die Diskriminierung der Verwendung von Recyclingprodukten, beispielsweise in Ausschreibungen, ausschließen.





Foto: stock.adobe.com/vchalup



Unsere Unternehmen sorgen seit Jahrzehnten dafür, dass der Industrie Metalle in der gewünschten Menge und Qualität zur Verfügung stehen. Mit den richtigen Rahmenbedingungen wird unsere Branche auch weiterhin aus eigener Kraft in neue Aufbereitungstechnologien investieren und ein verlässlicher Partner der Industrie sein. Dafür brauchen wir: Schlankere Bürokratie, gesicherte internationale Märkte, wettbewerbsfähige Energiepreise und zusätzliche Verarbeitungskapazitäten.

Kilian Schwaiger

Geschäftsführer VDM

■ Internationale Rohstoffpartnerschaften: Handelspolitik für die Metallrecyclingwirtschaft

Die Märkte der Metallrecyclingwirtschaft sind global. Der Einsatz von recycelten Metallen spart Energie, Treibhausgase und Primärressourcen und ist als „Green Commodity“ essentiell für die Etablierung internationaler grüner Leitmärkte. Die Anerkennung und Weiterentwicklung von Rohstoffpartnerschaften muss daher den reibungslosen, grenzüberschreitenden Handel mit recycelten Metallen unterstützen und in Handelsabkommen berücksichtigen.

■ Zielkonflikte erkennen: Rohstoffsicherung vs. Schadstoffentfrachtung

Der Gesetzgeber muss sich darüber im Klaren sein, dass die Unternehmen der Recyclingwirtschaft auch Produkte aufbereiten, die vor Jahrzehnten hergestellt wurden und Stoffe enthalten können, die damals in höheren Mengen nicht als schädlich galten. Die Einhaltung strengerer Grenzwerte muss daher mit angemessenen Übergangsfristen und Spielräumen für die Recyclingwirtschaft gestaltet werden, die versucht, alle wertvollen Rohstoffe für die Industrie zu sichern.



Verband Deutscher
Metallhändler
und Recycler e.V.

10. GESUNDHEIT



Die Prognosen gehen weiterhin von steigenden Gesundheitskosten in den kommenden Jahren aus. Die Ankündigungen über Beitragshöhen bestätigen diese Prognosen. Trotz vielfältiger Vorschläge aus den unterschiedlichsten Bereichen werden die Möglichkeiten für eine Senkung der Kosten bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Beteiligung von Praktikern in den vorhandenen Arbeitsgruppen ist meist unerfüllt. Frühzeitige Präventionsmaßnahmen nutzen den Menschen, entlasten die ArbeitgeberInnen und vermeiden teure Operationen und Langzeitbehandlungen.

Deshalb muss umgedacht werden: Weg von der reinen Versorgung von Kranken, hin zur aktiven Förderung der Gesundheit. Die vom Gesundheitsministerium geplanten, teilweise umgesetzten Veränderungen in der Patientenversorgung und der Struktur der Kliniken insgesamt, sind auf gar keinen Fall ausreichend, teilweise sogar kontraproduktiv. Unternehmen unterstützen diesen Ansatz, denn jede Reduktion von Fehlzeiten nutzt auch dem Mittelstand.

Unsere Forderungen

■ Gesundheitspersonal stärken und Bezahlung anpassen

Die Corona-Krise hat u.a. den Mangel an geeignetem Pflegepersonal mehr als verdeutlicht. Leider hat dies nicht ausgereicht, um endlich ein Umdenken stattfinden zu lassen. Eine Investitions- und Ausbildungs-offensive für alle im Gesundheitswesen agierenden Assistenzberufe muss eingeleitet werden. Einzig eine bessere Bezahlung macht die Arbeitsplätze nicht attraktiver. Es muss massiv in die Finanzierung und Infrastruktur der Ausbildungsstätten investiert werden und geeignetes Personal direkt nach der Schullaufbahn für die benötigten Berufe ausgebildet werden. Wir müssen auch in die Öffentlichkeit mehr ausführliche Informationen dazu geben, dass es im Gesundheitswesen wesentlich mehr Fachberufe als Pflegepersonal und ärztliches Personal gibt, die im Hintergrund der Patientenversorgung arbeiten und leider so gut wie nie im öffentlichen Blickfeld stehen. Es fehlt insgesamt an einer ganzheitlichen Strategie zur Besetzung der offenen Stellen im Gesundheitswesen und zur Behebung des Fachkräftemangels. Nur mit dem Blick ins Ausland kommen wir hier nicht weiter.

■ Corona-Nachwirkungen behandeln

Es ist wissenschaftlich festgestellt, dass gerade die Jüngsten unserer Gesellschaft überproportional viel unter den teilweise unnötigen Einschränkungen der Corona-Pandemie gelitten haben. Die Kappung sozialer Kontakte schon in den Kindergärten hat massive psychische Belastung ausgelöst. Für die Behandlung dieser Störungen gibt es eine monatelange Warteliste, Termine bei Experten sind rar gesät und teuer. Das ist für alle betroffenen Kinder und Jugendliche unerträglich. Die Folgen dieser Nichtbehandlung wird auf die jeweilige Familie abgewälzt. Wie so häufig trifft es die Kinder aus sozial schwächeren Familien doppelt, denn noch immer ist es in unserem Sozialstaat nicht möglich alle Medikamente oder notwendige andere Behandlungen für Kinder zuzahlungsfrei zu erhalten. Der Kulturpass zum 18. Geburtstag ist ein winzig kleiner Schritt, um die Pandemiefolgen etwas zu mildern. Wenn wir wirklich die notwendige Wiedereingliederung in die Gesellschaft für die Jüngsten anstreben, wird es Zeit umgehend die benötigten Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

■ Prävention belohnen

Die Möglichkeiten der Diagnostik sind heute besser denn je, werden jedoch im Sinne einer ganzheitlichen Sichtweise auf den Menschen zu selten eingesetzt. Ernährung, Bewegung und das tägliche Umfeld beeinflussen maßgeblich die Widerstandskraft. Hier können Krankenkassen und Unternehmen gemeinsam ansetzen. Die Politik ist gefordert, entsprechen höhere Ausgaben für Prävention zuzulassen. Präventionsmaßnahmen sind genauer definiert und die Kostenvorteile für das Gesamtsystem belegbar.

■ Transparenz über die Qualität von Leistungserbringern und Krankenkassen

Die Abrechnung im Gesundheitssystem erfolgt oft intransparent. Insbesondere gesetzlich Versicherte müssen aktiv über die Beträge und Leistungen, die in ihrem Namen abgerechnet werden, informiert werden um auch in diesem Bereich die Verantwortung für die Inanspruchnahme von Leistungen zu fördern.

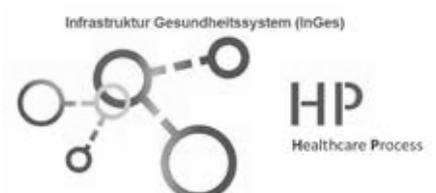
■ Keine Umsatzschwelle für die Erstattung innovativer Arzneimittel, Zuzahlungen anpassen

Die Einführung einer Umsatzschwelle bei der Erstattung von Arzneimitteln in Deutschland trifft insbesondere Gründerinnen und Gründer, die hochinnovative Arzneimittel für bisher nicht behandelbare Krankheiten entwickeln, bei denen ein dringender Bedarf besteht. Verschärft wird das Problem, wenn ein großer Bedarf (z. B. aufgrund weniger oder nicht vorhandener Therapiealternativen) und große Gruppen Betroffener (insb. bei den sog. Volkskrankheiten) bestehen. Alternativ nehmen die Zuzahlungen bei den Patientinnen und Patienten immer mehr zu und sogar Arzneimittel für Kinder unterliegen immer mehr Zuzahlungen. Das ist ein Armutszeugnis für unseren Sozialstaat.



„Überdeutlich hat uns die Corona-Pandemie gezeigt, dass die schon oft beklagte, zunehmend kommerzielle Ausrichtung des Gesundheitswesens den sozialen Gesellschaftsauftrag nur noch bedingt erfüllen kann. Die Belastung durch Gesundheitskosten erreicht für viele Menschen eine kaum noch tragbare Grenze. Auch die angekündigten Erhöhungen zum Jahreswechsel 2024/2025 machen dies deutlich. Mangelnde Digitalisierung und ineffektive Prozessabläufe verursachen unnötige Kosten. Die finanzielle Ausstattung für die Aus- und Weiterbildung für alle Berufsgruppen im Gesundheitswesen muss dringend den Notwendigkeiten angepasst werden. Ein grundlegendes und nachhaltiges Umdenken für die effizientere und leistungsangemessene Bewältigung der künftigen Herausforderungen des demografischen Wandels ist seit langem unumgänglich. Hierbei ist auf die Einbeziehung aller Fachberufe zu achten.“

Heidemarie Hille
Präsidentin InGes



11. IMMOBILIEN



„Beim privaten Immobilienbesitz ist Deutschland weder Europa- noch Weltmeister, sondern bildet seit langer Zeit das Schlusslicht. Das Eigenheim steht für vernünftige Altersvorsorge und wertstabile Vermögensbildung. Die Regierung, die also das Eigenheim nicht unterstützt, muss sich dann auch deutlich mehr Gedanken um Sozialleistungen und Rentenfinanzierung machen.“

Wolfgang Kuhn
Präsident Eigenheimerverband

Zu Recht weisen mittelständische Unternehmer darauf hin, dass der Staat ihren Anteil an der Wirtschaftskraft in Deutschland wenig bis gar nicht würdigt und dass sich die Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten stetig verschlechtern.

Am Beispiel Wohnen lässt sich sogar für die gesamte gesellschaftliche Mitte ausmachen, dass sich deren Situation nicht zum Besseren entwickelt hat. Zwar belegte Deutschland hinsichtlich der Wohneigentumsquote in Europa schon länger den vorletzten Platz, neueste Zahlen belegen jedoch, dass die Altersgruppe der 25- bis 40-Jährigen mittlerweile noch weniger in Wohneigentum kommt. Deutschland droht daher ein weiterer Abstieg. Wohlstand, Vermögensbildung und Wohneigentum gehören zusammen. Der positive Sockereffekt, wenn Menschen aus einem Mietverhältnis in selbstgenutztes Wohneigentum umziehen, ist hinlänglich in Studien nachgewiesen und seine positiven, entlastenden Auswirkungen auf den angespannten Mietwohnungsmarkt damit auch.

Der Eigenheimerverband Deutschland ist Mitglied der Mittelstandsallianz und setzt sich für das selbstgenutzte Wohneigentum ein.

Unsere Forderungen

■ Mehr Neubau von Wohnraum

Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren aufseiten der Verwaltung sind dringend nötig. Senkung der Erwerbsnebenkosten und Unterstützung vom Staat – hier lohnt sich ein Blick ins europäische Ausland, wo es gute Muster zur Erhöhung der Eigentumsquote gibt. Nur wenn sich Angebot und Nachfrage auf dem Immobilienmarkt wieder angleichen, kann Spekulant und Preistreiber effektiv die Basis genommen werden.

■ Eigenheimquote erhöhen

BürgerInnen, die über selbstgenutztes Wohneigentum verfügen, sind finanziell abgesicherter und dadurch unabhängiger. Dies zeigt sich in der aktuellen Pandemie und wird bei kommenden sozio-demografischen Entwicklungen, wie z.B. Altersarmut, ein dringendes Thema werden. Menschen, die in ihrem eigenen Eigentum wohnen, geben dem Staat mehr Möglichkeiten, sich um finanziell Bedürftige zu kümmern.

■ Reduktion der Nebenkosten

Die Grunderwerbsteuer für das selbstgenutzte Wohneigentum sollte als Hemmnis für Erwerb, insbesondere bei berufs-, familien- oder altersbedingtem Wohnortwechsel, abgeschafft werden. Weiterhin müssen Erwerbsnebenkosten gesenkt werden und Kreditprogramme durch den Staat ausgeweitet werden, die den BürgerInnen den Erwerb des Eigenheims ermöglichen.

■ Infrastruktur in ländlichen Gebieten auf den neuesten Stand bringen

Menschen wollen wieder verstärkt in ländlichen Regionen leben, das haben nicht zuletzt Entwicklungen während der Corona-Pandemie gezeigt. Voraussetzungen dafür sind, dass die Infrastruktur auf dem neuesten Stand ist, schnelles Internet und 5G überall (einschließlich der letzten Meile) verfügbar sind, der öffentliche Nahverkehr gut aus-



**Eigenheimerverband
Deutschland e.V.**

gebaut ist und eine tatsächliche Alternative zur Nutzung des Autos darstellt und die kommunale Infrastruktur (Kindergärten, Schulen, Ärzte, Geschäfte, etc.) wieder Einzug in die Gemeinden hält. So können wieder soziale und wirtschaftliche Perspektiven für den ländlichen Raum geschaffen werden.

■ **Mitarbeitendenwohnungsbau fördern**

Der Fachkräftemangel und die Wohnungsknappheit in Ballungsgebieten sind zwei miteinander zusammenhängende Probleme, die mit dem Ansatz des Mitarbeitendenwohnungsbaus angegangen werden können. Im genossenschaftlichen Modell entsteht bezahlbarer Wohnraum für die Mitarbeitenden mittelständischer Betriebe. Dafür müssen gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sich unmittelbar auf eine Reduzierung der Baukosten und damit der Mieten auswirken.

■ **Gewerbeimmobilienmarkt nicht vergessen**

Diskussionen um privaten Wohnraum, befeuert durch Initiativen, wie das Berliner Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen, dürfen nicht dazu führen, dass die Politik den ebenfalls überhitzten Markt von Gewerbeimmobilien aus den Augen verliert. Davon sind mittelständische Betriebe in Ballungsgebieten oder der Einzelhandel besonders betroffen. Gerade wenn diese kleinen Betriebe nach der Pandemie wieder mit derart hohen Mieten einsteigen müssen, erhöht das den wirtschaftlichen Druck und kann zu einer weiteren Insolvenzwellen im Mittelstand und zur weiteren Verödung von Innenstädten führen.

■ **Verlässlicher Plan für den Weg zur Klimaneutralität**

Für die Energie- und Wärmewende braucht es einen gut abgestimmten, verlässlichen Plan, der alle Aspekte und Akteure unserer Gesellschaft einbezieht. Die Aktionen, die darauf abzielen, in Deutschland Klimaneutralität zu erreichen, dürfen die Bürgerinnen und Bürger nicht in Panik versetzen und Chaos in der Wirtschaft verbreiten. Auf dem Weg zur Klimaneutralität zuallererst mit Gesetzen zu beginnen, die Verbote aussprechen, ohne die Grundlage für vernünftige Alternativen zu legen, ist sicher nicht der richtige Weg. Schnelligkeit ist tatsächlich häufig gefordert, bei der Transformation im Energie- und Wärmesektor sind jedoch enorme technische und finanzielle Hürden vorhanden, die man nicht einfach zu Lasten der Bevölkerung ausblenden kann. Es gilt Begeisterung für die Transformation zu erzeugen und das geht eigentlich nur, wenn man offen alle Alternativen benennt und auch realistisch ermöglicht.



12. EUROPA UND INTERNATIONALES



Der Green Deal und die darin enthaltene Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit sollten überarbeitet und mit einem Industrial Deal im Grundsatzprogramm der EU-Kommission ergänzt werden. Alle Dimensionen der Nachhaltigkeit – die ökologische, die soziale und die ökonomische – müssen dabei im Blick behalten werden. Regulierungen dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen nicht gefährden, um die Verbraucher zuverlässig mit innovativen Produkten zu versorgen. Es darf nicht sein, dass unzählige Unternehmen aufgrund übermäßiger Bürokratie abwandern und dadurch Arbeitsplätze sowie Wohlstand in Europa verloren gehen. Wir müssen verhindern, dass die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zu einer Schwächung europäischer Unternehmen führt. Der bürokratische Aufwand muss dringend reduziert werden, um eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung und ein Gleichgewicht der Dimensionen sicherzustellen.

Thomas Keiser

Geschäftsführer Industrieverband Körperpflege- und Waschmittel e.V.

IKW
SCHÖNER.LEBEN.

Die Europäische Union ist der größte gemeinsame Markt der Welt und Garant für Frieden und Stabilität in Europa. Die Mitgliedsstaaten teilen gemeinsame Werte und die Freiheiten des Binnenmarkts. Allerdings vereinnahmten LandespolitikerInnen die Vorteile der EU für sich, während unerwünschte Entwicklungen einseitig der EU angelastet werden. Dies ist kontraproduktiv für das Ansehen der EU und untergräbt mithin die demokratische Entwicklung des Staatenbundes.

Unsere Forderungen

■ Wertegemeinschaft in den Vordergrund stellen

Gemeinsame europäische Werte und europäische Themen müssen stärker nach innen und außen kommuniziert werden. Die stärkere Darstellung von Erfolgen und Leistungen schafft Vertrauen und Akzeptanz. Ein wichtiger Baustein für die Weiterentwicklung der EU ist die Schaffung einer echten Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsunion.

■ EU – Perspektive Mittelstand

Der Mittelstand als Grundpfeiler der europäischen Wirtschaft muss bei allen europäischen Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. Dazu gehören auch die Überarbeitung der EU-Definition für kleine und mittlere Unternehmen, die stärkere Orientierung des EU-Haushalts auf Forschung und Entwicklung, eine stärkere Unterstützung durch die Europäische Investitionsbank und eine Vereinfachung von Förderprogrammen.

■ Europäische Steueroasen verhindern

Steuerpraktiken von international agierenden Großkonzernen müssen verhindert werden. Diese verlegen ihren Hauptsitz häufig in Länder mit dem günstigsten Steuerrecht. Dadurch entsteht vielen deutschen Unternehmen ein Nachteil, weil ihnen solche Gestaltungsmöglichkeiten fehlen. Um einen Standortnachteil zu vermeiden, müssen sich die europäischen Staaten untereinander besser austauschen und eine einheitliche Steuerpolitik entwickeln.



■ Patente schützen die Innovationskraft des Mittelstands

Das Patentwesen muss die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft des deutschen und europäischen Mittelstands schützen, auch gegen Bedrohungen aus einer überbordenden Patentflut. Daher begrüßen wir die Einführung einer europäischen Patentgerichtsbarkeit, die gleichzeitig über Verletzungen und Validität von Patenten urteilt. Angesichts von Verurteilungen im bestehenden Deutschen Rechtssystem auf Basis vermeintlich verletzter, später zu oft als nicht valide erkannter Patente, müssen Verletzungsurteile als Regelfall ausgesetzt werden oder es muss durch ein technisch besetztes Verletzungsgericht auch eine Patent-Überprüfung stattfinden.

■ Harmonisierung und Normung

Ohne die Einbindung in die fortschreitende Harmonisierung grundlegender Normen, ist der Zugang zu europäischen und internationalen Märkten bedroht. Deshalb ist die Schaffung von gemeinsamen Normen und die Harmonisierung von daten- und technischen Standards eine Priorität der Europäischen Union. Zunehmend schaffen nationale und europäische Gesetze den Rahmen, überlassen es den Wirtschaftsbeteiligten die notwendigen technischen und regulatorischen Standards in nationaler und europäischer Normung zu schaffen. Die Beteiligung an der Normung ist zu fördern und in finanzieller und organisatorischer Sicht zu unterstützen und für Mittelständler zu ermöglichen.

Deutschland und Europa müssen ihre gemeinsamen Anstrengungen grundlegend darauf konzentrieren, die Innovationslücken zu den USA und zu China zu schließen, insbesondere bei Spitzentechnologien und Grundlagen der Digitalisierung. Unsere Schwächen zeigen sich in der Gestaltung der neuen Geschäftsmodelle. In der grenzüberschreitenden Zustellung, vor allem dem Import von Warensendungen nach Deutschland und in die EU, zeigt sich ein ähnliches Bild.



» Europa ist für unseren deutschen Mittelstand von entscheidender Bedeutung als Wirkungsfeld und als Werteunion. Nachdem das Bundesverfassungsgericht den Weg für ein einheitliches Patentsystem in Europa freigemacht hat, erwarten wir auch von der amtierenden Bundesregierung, das EU-Patent zügig zu etablieren. Gleichzeitig sind die zuletzt beschlossenen Reformen am Deutschen Patentsystem mit neuen Vorgaben für die Gerichtsbarkeit in der Praxis nachzuverfolgen. Bekannte missbräuchliche Auswüchse sind einzudämmen und konkurrierende nationale Verfahrenswege zu versperren, zum Nutzen des innovativen Deutschen Mittelstands mit Freedom-to-operate und ein gerechtes Patentsystem.

Dr. Heiner Flocke
Vorstand Patentverein



Foto: stock.adobe.com/motortion

PATENTVEREIN · DE



Bis vor etwa zehn Jahren waren es die nord-amerikanischen Plattformen, die eine Evolution des Einzelhandels durch dessen Digitalisierung vorangetrieben haben. Heute hat sich die Gestaltungsmacht im Ecommerce nach Süd/Ost Asien verlagert. Europa und insbesondere Deutschland haben die digitale Revolution weitgehend verpasst. Daher müssen Deutschland & Europa zwingend die Grundlagen schaffen, um auf gleicher Augenhöhe mit unseren Handelspartnern zu interagieren. Dazu gehören insbesondere die notwendigen zentralisierten Systeme.

Florian Seikel

logistic-natives e.V.

The international network of logistics & infrastructure in modern commerce

■ **Deutschland fällt in der Gestaltung des modernen Handels zurück**

Die Evolution der Zustellung auf der letzten Meile wird von S/O Asien bestimmt. Seit dem Grünbuch der EU zur Öffnung und Liberalisierung der Postmärkte 1992 führte die EU die weltweite technische und datentechnische Normung der Post-, Kurier-, Express- und

Paketzustelldienste an. Mit der zunehmenden datenoptimierten Warenzustellung, die sich aus S/O Asien verändert, ändert sich auch die Marktgestaltung. Heute spüren führende europäische Post- und Paketzustelldienste die Auswirkungen dieser veränderten Marktmacht. Zudem steigt die Zahl der Sendungen, die in der Marktdisposition der S/O asiatischen Versender liegen. Führende Anbieter weltweit für unbeaufsichtigte Abgabesysteme, neue logistische Lösungen bei elektrischen Zustellfahrzeugen (inkl. Flottenmanagement, digitaler Routenplanung und Fahrzeugbefüllung) kommen heute aus S/O Asien.

■ **Was ist zu tun?**

Der aktuelle „Draghi-Bericht“ bringt es auf den Punkt: „Das Problem ist nicht, dass es Europa an Ideen oder Ambitionen mangelt. Innovationen werden auf der nächsten Stufe blockiert: Wir schaffen es nicht, Innovationen in die Kommerzialisierung umzusetzen, und innovative Unternehmen, die in Europa expandieren wollen, werden auf jeder Stufe durch inkonsistente und restriktive Vorschriften behindert.“ Im Klartext: Deutschland & Europa müssen die Grundlagen schaffen, um auf gleicher Augenhöhe mit unseren Handelspartnern zu interagieren. Dazu gehören insbesondere die notwendigen zentralisierten Systeme. Wir sollten künftig nicht alles glauben müssen, was zu uns gesandt wird.

■ **Marktmacht braucht Kontrolle**

Die grundlegend unterschiedlichen Datensphären und Sicherungen bieten genügend Ansatzpunkte. Zentrale Systeme für die Einfuhr von Warensendungen in die EU müssen rasch aufgebaut werden, um den zentralisierten Systemen aus S/O Asien und Nordamerika notwendige Schnittstellen zu bieten. Nur dann ist auch die gesetzliche und regulatorische Kontrolle möglich. Ähnlich wie unsere Handelspartner aus S/O Asien und Nordamerika in den letzten 20 Jahren von uns gelernt haben, müssen wir nun den Abstand aufholen, indem wir unsere eigene Entwicklung und Fertigung stärken, zurückholen und wettbewerbsfähig machen. Die nötigen Strukturen sind (noch) vorhanden. Das dazu notwendige Engagement zeigt der „Draghi-Bericht“. Untätigkeit führt zu Abhängigkeit, sinkendem Wachstum und schwindendem Wohlstand.



In der Allianz vereinen sich mittelständisch geprägte Verbände unter dem Dach des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft zu einer gemeinsamen politischen Stimme. Zusammen setzen wir uns für eine mittelstandsfreundliche Gesetzgebung ein.

Titelbild: stock.adobe.com/tfk
Rückseite: stock.adobe.com/katatonina



Herausgeber
Der Mittelstand. BVMW e.V.
Potsdamer Straße 7
10785 Berlin

info@bvmw.de
www.bvmw.de

Ansprechpartner
Sebastian Krauß
Leiter Mittelstandsallianz
sebastian.krauss@bvmw.de

Telefon 030 533206-0
Fax 030 533206-50